

(A) (Präsidentin Friebe)

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/4202

Beschlußempfehlung und
Bericht des Haushalts-
und Finanzausschusses
Drucksache 11/4717

zweite Lesung

Hierzu erhielten Sie mit den Drucksachen 11/4768 bis 11/4780 und 11/4785 vierzehn **Änderungsanträge**, wobei die Fraktion DIE GRÜNEN alle Änderungsanträge zum Einzelplan 07 in einer Drucksache mit entsprechenden Anlagen zusammengefaßt hat. Diese Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen.

(B)

Die Abstimmung über die Änderungsanträge erfolgt unmittelbar vor der Abstimmung über den entsprechenden Einzelplan. Eine **Zusammenstellung** der vorliegenden Änderungsanträge liegt Ihnen vor. Ich empfehle Ihnen, diese zur besseren Übersicht während der Abstimmung zu Hilfe zu nehmen.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren ist in der vorliegenden Tagesordnung ausgedrückt. Danach sind die Gesamtredzeit und die Rednerzahl nicht begrenzt. Die Einzelredzeit des ersten Redners jeder Fraktion beträgt zu jedem Einzelplan 15 Minuten, wobei bei den Einzelplänen 05, 07 und 10 die ersten Fraktionsredner zu den in der Tagesordnung aufgeführten Sachbereichen ebenfalls 15 Minuten Redezeit erhalten. Die Redezeit der weiteren Redner beträgt bis zu 8 Minuten.

Zwischen 12.30 Uhr und 14.00 Uhr finden keine Abstimmungen statt.

(C)

In welcher Reihenfolge die Einzelpläne aufgerufen und beraten werden, ist aus der Tagesordnung ersichtlich.

Nach der Beratung des Einzelplans 13 werden die Haushaltsplanberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung ein.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Stellenpläne

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung: Als engagierter Sauerländer und Westfale freue ich mich natürlich ganz besonders, daß wir einen westfälischen neuen Minister bekommen haben. Herr Müntefering, ich wünsche Ihnen viel Glück, und vergessen Sie unsere Heimatregion nicht!

(Zurufe)

(D)

Ich komme zur Sache: Wir diskutieren heute über den Landeshaushalt des größten Landes der Bundesrepublik Deutschland, der ein Ausgabevolumen von nunmehr 77,7 Milliarden DM umfaßt. Das sind ungefähr 10 % aller Gelder, die in den deutschen Haushalten - Bund, Ländern und Gemeinden - in einem Jahr ausgegeben werden, knapp 10 %. Fast jede zehnte öffentliche Mark wird in Nordrhein-Westfalen in diesem Landeshaushalt ausgegeben - eine Größenordnung, die naturgemäß kein anderes Land nachliefern kann.

Der Haushalt des Landes steigt nunmehr um 3,6 %, Herr Finanzminister. Wenn wir die Nachträge herausnehmen, die man realistischerweise herausnehmen könnte, haben wir, gemessen an dem 92er Haushalt, eine Steigerungsrate, die über 4 % liegt.

(Minister Schleußer: Das ist falsch, wenn Ihre Vorschläge sich durchsetzen!)

(A) (Schauerte [CDU])

- Nein, nein, die über 4 % liegt. Der Etat wird jetzt um 60 Millionen DM höher sein, als bisher verabredet. Da sind 55 Millionen DM Straßenbaumittel zum Beispiel ein wichtiger Bereich, Herr Finanzminister, dem wir auch zugestimmt haben - gar kein Thema! Solche Veränderungen sind möglich, nötig und können auch gemeinsam getragen werden.

Trotzdem - das haben wir Ihnen in der ersten Lesung gesagt - ist dieser Landeshaushalt in seiner Steigerungsrate noch zu hoch, obwohl wir sehr ehrlich dazu sagen wollen, daß er, gemessen an vielen Flächenländern, eine sehr niedrige Steigerungsrate hat. Aber er liegt nach wie vor über dem, was der Finanzplanungsrat empfohlen hat. Der hatte nämlich 3 % vor.

Ich darf vor der Größe der Aufgabe daran erinnern, daß wir alle gut beraten sind, auch die Bayern zum Beispiel, die sich bisher an diese Regelung gar nicht zu halten scheinen, daß wir diese 3 % wirklich einhalten. Herr Finanzminister, ich muß daran erinnern, daß wir ab 1995 auf alle drei öffentlichen Haushalte etwa 100 Milliarden DM oben draufzulegen haben. Da wir etwa 10 % der Ausgaben haben, wird das eine Größenordnung zwischen 6 und 10 Milliarden DM, die in irgendeiner Weise beim Land und bei den Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen zu Buche schlagen werden. Wir müssen uns also auf diese besondere Herausforderung einstellen. Das können wir nur, indem wir die öffentlichen Haushalte besonders langsam wachsen lassen - deutlich langsamer als das Bruttosozialprodukt.

Wir, die CDU, nehmen das ernst. Sie hat deswegen 140 Anträge gestellt, die von der sozialdemokratischen Mehrheit leider alle,

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Alle!)

wie eine Abstimmungs Guillotine funktionierend, abgelehnt worden sind. Man fragt sich manchmal, warum wir uns eigentlich bemühen und warum wir uns Arbeit machen.

(C)

Diese Sozialdemokraten haben in diesen Haushaltsberatungen wieder einmal gezeigt, daß sie nichts, aber auch nichts bereit sind, anzunehmen - nicht einmal guten Rat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es gibt eine Ausnahme - ich muß mich korrigieren: Einer von unseren 140 Anträgen ist angenommen worden. Da ging es um 1 Million DM für den Bau eines WDR-Bunkers. Diese Summe wollten wir einsparen. Nachdem nun die Kriegsgefahr in Deutschland Gott sei Dank deutlich geringer geworden ist, konnte man sich diesem Antrag wirklich nicht mehr verschließen. Also eine Million hat man uns bei 140 Anträgen zugebilligt. Das war ein Einsparungsvorschlag; es ging um den Bunkerbau für den Westdeutschen Rundfunk in Wuppertal.

Das ist ein Erfolg, das hat uns motiviert. Wir machen jetzt weiter bis 1995 und stellen uns dann dem Wähler. Wir danken den Sozialdemokraten für dieses großartige Entgegenkommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Unser Ziel war, drei Prozent Haushaltssteigerung zu erreichen. Wir haben das geschafft. Wenn Sie unseren Anträgen gefolgt wären, hätten wir um 524 Millionen DM die Ausgaben senken können. Wir hätten damit die drei Prozent erreicht. Wenn Sie unseren Privatisierungsvorschlägen gefolgt wären, dann hätten wir 1,2 Milliarden DM weitere Erlöse erstreiten und erarbeiten können, und wir hätten dann insgesamt 1,75 Milliarden DM weniger Schulden aufnehmen müssen.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

Immerhin hätten wir dann nicht eine Nettoneuverschuldung von 4,3 Milliarden, sondern nur noch von 2,6 Milliarden DM. Die Opposition - und das ist nicht einfach für eine Opposition - ist ihrer Verantwortung in diesem Zusammenhang gerecht geworden.

(D)

(A) (Schauerte [CDU])

Wir haben es uns nicht leichtgemacht, aber Sie sind uns leider nicht gefolgt. Ich kann das nur noch einmal unterstreichen.

(Minister Schleißer: Welches Glück!)

Ich komme zu den Steuereinnahmen, Herr Finanzminister. Da rühmen Sie sich immer, indem Sie sagen: Die Steuerfinanzierungsquote ist in keinem Land so günstig wie in NRW. - Wissen Sie, man kann natürlich mit allen Aussagen insbesondere dann viel Erfolg haben, wenn die anderen nicht wissen, was man mit der Aussage überhaupt anfangen kann. Mit dieser Aussage kann man herzlich wenig anfangen.

Sie wissen doch, daß in Bayern eine ähnliche Entwicklung wie in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat: ein erhebliches Anwachsen der Steuerfinanzierungsquote. Sie wissen auch, woran das liegt. Es liegt nämlich daran, daß Nordrhein-Westfalen nichts in den Finanzausgleich zahlt und auch nichts aus dem Finanzausgleich bekommt. Ein Land, das nichts in den Finanzausgleich einzahlt, hat deswegen vorher entsprechend geringere Steuereinnahmen gehabt, und ein Land, das etwas bekommt, hat natürlich eine niedrigere Steuerfinanzierungsquote, weil es ja aus dem Finanzausgleich Gelder erhält. Die Steuerfinanzierungsquote wird entsprechend anders gebildet.

(B)

(Minister Schleißer: Abenteuerlich!)

- Sie wissen es genau. - Ich denke, diese Aussage hilft uns nicht weiter.

Ich will auf den entscheidenden Punkt kommen, der auch diese Haushaltsberatung wieder dominiert hat, auch wenn die Sozialdemokraten das nicht gerne zugeben wollen. Es ist ja mein Ceterum censeo, das ich jedesmal wiederhole: Das entscheidende Problem in Nordrhein-Westfalen bei allen finanzpolitischen Überlegungen ist, daß wir das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen nicht haben entwickeln können. Wir haben einen Wachstumsrückstand, seitdem die Sozialdemokraten regieren, der sich mittlerweile auf 18 % des Bruttoinlandsprodukts beläuft. 18 % Bruttosozialprodukt haben wir zuwenig, weil Sie das Wachstum in Nordrhein-Westfalen nicht haben organisieren können!

(C)

Wer Wirtschaftswachstum nicht organisieren kann, hat am Ende nicht genug Geld, um das zu bezahlen, was die Bürger mit Recht von einer Landesregierung verlangen. Es fehlen in Nordrhein-Westfalen wegen dieses von den Sozialdemokraten maßgeblich zu verantwortenden Wachstumsrückstandes mehr als 10 Milliarden DM Steuereinnahmen pro Jahr. Auf 61 Milliarden DM Steuereinnahmen könnten wir, wenn diese Landesregierung erfolgreich gearbeitet hätte, 10 Milliarden DM Steuereinnahmen drauflegen. Das ist das Problem, das Sie im wesentlichen zu verantworten haben. Seit 1966 regieren Sie dieses Land.

Das erleben auch in anderen Bereichen: Weil Sie diese wirtschaftlichen Daten nicht haben verändern können, haben wir ja auch ein Kaufkraftloch bei den Bürgern. 1970 hatten die Bürger in Nordrhein-Westfalen 110 % des durchschnittlichen Kaufkraftbetrages der Bürger Deutschlands, heute haben sie noch 96 % der durchschnittlichen Kaufkraft der Bürger Deutschlands. Das sind parallele Zahlen; die eine stützt die andere.

Ich sage noch einmal: Wer Wirtschaftspolitik nicht betreiben kann, hat am Ende kein Geld, um die Dienstleistungen im Lande Nordrhein-Westfalen bezahlen zu können. Dieses Kaufkraftloch wirkt sich aus bei den Steuereinnahmen, und es wirkt sich auch bei der Pro-Kopf-Steuersituation der Bürger aus; das ist völlig klar. Man kann das über alle Bereiche durchrechnen; man muß nur Zeit und einen Taschenrechner haben.

(D)

So können wir zum Beispiel feststellen, Herr Finanzminister, daß der baden-württembergische Finanzminister pro Kopf, pro Bürger 3 675 DM Steuern im Jahr einnimmt und der Finanzminister im Lande Nordrhein-Westfalen nur 3 343 DM an Steuern einnimmt. Das heißt, Baden-Württemberg nimmt pro Kopf 332 DM pro Jahr an Steuern mehr ein.

Daß solche Veränderungen in den Steuereinnahmen unglaubliche Auswirkungen auf den Personalhaushalt, auf die Finanzierbarkeit des Personalhaushaltes haben, dürfte jedem klar sein, insbesondere wenn man weiß, daß 50 % unserer Steuereinnahmen für Personalausgaben draufgehen. Da kommt also die These voll zum Tragen: Wenn ich vorher die Steuereinnahmen nicht

(A) (Schauerte [CDU])

entwickeln konnte, habe ich hinterher nicht genug Geld, um das Personal zu bezahlen, und muß mich deswegen über eine hohe Personalkostenquote gar nicht wundern.

Jetzt lassen Sie mich einmal zu den Personalfragen schnell einige Dinge vortragen! Herr Finanzminister, in Ihrer Zeit haben Sie 8 600 neue Bedienstete im Lande Nordrhein-Westfalen eingestellt, von 1988 bis 1993.

(Minister Schleußer: Richtig.)

Sie haben das einen Konsolidierungskurs genannt.

(Minister Schleußer: Richtig.)

Finanzminister Posser, Ihr Amtsvorgänger, hat von 1981 bis 1988 17 800 öffentliche Bedienstete im Lande Nordrhein-Westfalen abgebaut. Man kann also mit Fug und Recht sagen: Als Schleußer kam, fing die Personalstellenvermehrung im Lande Nordrhein-Westfalen wieder an: 8 600 Stellen kamen hinzu.

(Minister Schleußer: Ungeheuerlicher Unsinn!)

(B) Ich möchte Ihnen das auch noch einmal in prozentualen Zuwachsraten verdeutlichen: In der Zeit von Herrn Posser, in den Jahren von 1981 bis 1988, wuchsen die Personalausgaben im Land Nordrhein-Westfalen pro Jahr um 3 %. In der Zeit von Herrn Schleußer, dem Sparminister in diesem Lande, wuchsen die Personalausgaben pro Jahr um 5 %. Herr Schleußer, fast das Doppelte dessen, was Herr Posser an Personalkostenzuwachs hatte, haben Sie pro Jahr zu verantworten. Da kann man doch nicht ernsthaft sagen, daß Sie wirklich gespart haben.

Jetzt will ich einen anderen Punkt nennen, der sehr problematisch ist und der uns natürlich bekannt ist: Wir können das Personal des Landes, die gut 350 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht alle über einen Kamm scheren. Wir wissen z. B., daß das Land Nordrhein-Westfalen in der Versorgung mit Lehrern, in der Versorgung mit Polizeibeamten und in der Versorgung der Hochschulen mit Personal - um ein-

(C)

mal die drei großen Blöcke zu - immer im hinteren Drittel aller Länder liegt. Das tut weh. Es tut gerade weh in den Bereichen, in denen wir gern mehr hätten, aber da zeigt sich, daß ein Land, das die Wirtschaft nicht entwickeln kann, das Geld nicht hat, um die Dienstleistung zu finanzieren, die nötig wäre. In den anderen Bereichen, die mit diesen Kernbereichen nichts zu tun haben, liegt das Land im Mittelfeld; es ist keineswegs Spitzenreiter! Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie die Steuereinnahmen nicht haben, können wir nicht einmal das Mittelfeld bezahlen.

In einer solchen Situation, in der Sie die Geldmittel vorher nicht erwirtschaftet haben, ist der Sparzwang natürlich besonders groß. Das muß nun passieren, und man muß auch in besonders intensiver Weise umschichten. Ich muß feststellen, daß das im Lande Nordrhein-Westfalen bisher nicht in dem nötigen Maße geschehen ist.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich zu lange Zeit gelassen, sich an die Durchforstung aller in diesen Kernbereichen nicht notwendigen Stellen ernsthaft zu begeben. Erstmals bewegt man sich jetzt dort.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat jetzt für 30 Millionen DM Gutachten in Auftrag gegeben, um gut 170 000 Stellen auf den Prüfstand zu stellen. Dann ist doch die Frage berechtigt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Landesregierung: Warum tun wir das jetzt? Haben wir jetzt eine neue Rahmengesetzgebung des Bundes, die das erstmals ermöglicht? War das bisher verboten? - Ich sage: Nein, es war vor fünf Jahren genauso möglich wie heute, diese Überprüfung vorzunehmen! Ich sage deswegen sehr nachdenklich: Mir kommt diese Überprüfung, die wir im Wesen natürlich zu begrüßen haben, viel zu spät!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn der Finanzminister nun hingehet und sagt - wir erfahren das ja nur aus der Zeitung -, wir könnten möglicherweise 6 900 Stellen einsparen, dann entgeg-

(A) (Schauerte [CDU])

ne ich ihm: Warum hat er das nicht bereits vor mehreren Jahren getan?

(Beifall bei der CDU)

Diese 6 900 Stellen haben pro Jahr 500 Millionen DM gekostet. Diesen Betrag hätten wir gern zum Teil in einer besseren Lehrerversorgung und in einer besseren Polizeiversorgung gesehen.

(Beifall bei der CDU)

Den Rest hätten wir gern auch noch eingespart, um die Neuverschuldung zu verringern. Deswegen sage ich sehr nachdenklich: Diese Einsparungsvorschläge kommen uns entschieden zu spät.

Herr Finanzminister, wir haben natürlich noch zu beklagen, daß wir bis heute nichts davon wissen, wie es denn wirklich gehen soll. Uns war durch Herrn Ministerpräsident Rau gesagt worden, daß er vor Jahresende die ersten Konsequenzen ziehen wollte. Wir gingen natürlich davon aus, daß auch das Parlament beteiligt wird an dem, was da passiert. Wir verlangen hier, daß wir die zugrunde liegenden Gutachten so schnell wie möglich zu sehen bekommen. Wir brauchen das; denn wir können nicht im Nebel stochern.

(B)

Noch schnell zu unserem Personalvorschlägen! Sie erkennen an der Linie der CDU schon das, was ich hier gerade gesagt habe: Wir wollen, daß in diesen nicht zentralen Bereichen deutlicher als bisher, auch möglicherweise über die Gutachtenergebnisse hinaus, eingespart wird. Wir lassen uns diesbezüglich in kein Konzept zwingen und in kein Korsett bringen.

Aber wir wollen, daß in den Bereichen, in denen wir im Lande Nordrhein-Westfalen wirklich defizitär sind, z. B. in den Bereichen Schule und Polizei, Besserung erfolgt. Deswegen haben wir gesagt: 1 000 zusätzliche Lehrer und 400 weitere Einstellungsmöglichkeiten für die Polizei, um das, was bei der inneren Sicherheit an zusätzlichen Problemen wächst, nun endlich in den Griff zu bekommen! Das ist unsere Forderung, und die wollen wir durch die konsequente Umsetzung der Gutachtenergebnisse gegenfinanziert sehen, auch

(C)

wenn wir sie zur Zeit noch nicht kennen. Deswegen glauben wir, daß unsere Personallinie die dem Lande besserdienende ist.

Ich darf noch einmal sagen: Daß wir im Land Nordrhein-Westfalen jetzt in einer Weise im öffentlichen Dienst sparen müssen, die natürlich weh tut und keinem wirklich Freude macht, ist das Ergebnis einer verfehlten Politik der Landesregierung. Der öffentliche Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen muß jetzt dafür bezahlen, daß die Landesregierung so viele Jahre die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen nicht auf Schwung hat bringen können. Deswegen fehlt jetzt das Geld, und deswegen muß möglicherweise in diesem Lande mehr gespart werden als anderswo.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Schauerte!

Abgeordneter Schauerte (CDU): Wer vorher die Geldeinnahmesituation über Wirtschaftswachstum nicht organisieren darf, wird es nachher an allen Ecken und Enden fehlen.

Die CDU wird daran mitwirken und auch in dieser nun beginnenden zweiten Lesung beantragen, daß dann, wenn gespart werden muß, dort gespart wird, wo die Bedürfnisse der Bürger nicht so zentral berührt sind. Dort sollten wir auch noch ein Stück zulegen.

(D)

Ich sage noch einmal: In den Bereichen Schule und innere Sicherheit müssen wir neue Schwerpunkte bilden, und im Bereich der allgemeinen Verwaltung können wir bei der Überreglementierung und der Überbürokratisierung im Lande Nordrhein-Westfalen noch konsequenter schneiden und noch konsequenter reformieren. Wir verlangen die Vorlage der Gutachten. Wir werden an der einen oder anderen Stelle auch über das hinaus gehen, was in diesen Gutachten gefordert wird. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

(A)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Schauerte. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Walsken.

Abgeordneter Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gehofft, daß der Kollege Schauerte heute etwas Neues darstellen würde. Aber das, was er dargestellt hat, war nicht nur nicht neu, sondern es führt auch in der Sache nicht weiter.

Denn das, was in diesem Land in den letzten fünf/sechs/sieben Jahren kontinuierlich an finanzpolitisch solider Arbeit geleistet wurde, das läßt sich auch nicht durch das, was Kollege Schauerte hier gesagt hat, vom Tisch wischen. Es ist vielmehr einfach ein Faktum, daß dieses Land in den letzten Jahren eine Ausgabensteigerungsrate zu verzeichnen hatte, die in der Bundesrepublik Deutschland beispiellos ist.

Dieses Land hat gespart; dieses Land hat eine solide Finanzwirtschaft; und diese solide Finanzwirtschaft wird dieses Land so fortsetzen, wie bisher gehandelt worden ist, nämlich mit maßvollen, klugen Schritten und nicht beeinflusst durch Tiraden und überhastete Angriffe.

(B)

Mir ist dieser Tage eine Statistik in der Zeitung aufgefallen. Und zwar hat die "Westdeutsche Allgemeine" ausgerechnet, wie viele Staatsdiener auf 1 000 Einwohner kommen. Interessanterweise stellt man fest, daß in Berlin auf 1 000 Bürger 126 Staatsdiener entfallen, in Schleswig-Holstein 87, in Bayern 72, in Baden-Württemberg 69 und in Nordrhein-Westfalen 63. Nordrhein-Westfalen liegt also, was die Anzahl der öffentlich Beschäftigten pro Einwohner anbelangt, am alleruntersten Ende aller Länder der Bundesrepublik Deutschland. Das ist, Herr Kollege Schauerte, ein Zeichen für maßvolle Personalpolitik, für maßvolle Personalausweitung. Und wir haben - das kann man aufgrund dieser Statistik eindeutig feststellen - die Personalentwicklung in diesem Lande im Griff. Sie werden nicht die Gelegenheit haben, das Gegenteil dessen zu beweisen. Ich halte das für ein hervorragendes Ergebnis.

Allerdings ist dies auch ein Ergebnis, das nicht dazu führen kann, daß wir - angesichts der Herausforde-

(C)

rung, die uns die deutsche Einheit finanziell abverlangt - die Hände in den Schoß legen können.

Wir haben die Frage einer aufgabenkritischen, effizienten Landesverwaltung in diesem Hause seit Jahren diskutiert. Die Landesregierung hat, nachdem die Bürger-Kommission entsprechend gearbeitet hat, den "Arbeitsstab Aufgabenkritik" eingerichtet. Dieser "Arbeitsstab Aufgabenkritik" arbeitet kontinuierlich, und er legt kontinuierlich Ergebnisse seiner Arbeit vor. Wir werden über diese Dinge reden, wir werden sie besprechen müssen. Allerdings hat dieser Arbeitsstab natürlich durch die Kosten der Deutschen Einheit eine andere Qualität, eine andere Wucht bekommen. Deshalb sage ich, daß das, was jetzt passiert, was jetzt an Aufgabe verlangt wird und was wir als Parlament als Aufgabe zu bewältigen haben, natürlich nicht mehr das gleiche ist wie das, was wir zu regeln vor fünf Jahren mit der Einrichtung des "Arbeitsstabes Aufgabenkritik" begonnen haben. Es hat eine andere Dimension bekommen; es hat eine andere Qualität bekommen. Und mit dieser anderen Qualität werden wir uns politisch anders auseinandersetzen müssen, als wir es bisher getan haben.

Ich habe seit Jahren von den Kollegen der CDU immer wieder gehört, daß dieses Land so viele Beamte habe und man dafür sorgen müsse, daß man weniger Personalkosten im Landeshaushalt zur Verfügung stelle. Gleichzeitig haben Sie aber Zigtausende von zusätzlichen Stellen für den Landeshaushalt beantragt. Sie scheuen auch nicht davor zurück, auch heute in den Parlamentsberatungen auf der einen Seite zu sagen, die Landesregierung müsse Personal einsparen, und auf der anderen Seite Anträge für Personalausweitungen zu stellen, die über 100 Millionen DM liegen.

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE])

Das, was mir vorliegt, bedeutet eine Ausweitung der Personalkosten um 112 Millionen DM. Ich verstehe den Widerspruch in Ihrer Politik nicht, und Sie sollten endlich einmal klarmachen, ob es Ihnen darauf ankommt, was Kollege Schauerte gesagt hat, nämlich irgendwo Personaleinsparungen vorzunehmen und

(A) (Walsken [SPD])

dieses Personal dann anders zu verwenden, oder ob es Ihnen wirklich darauf ankommt, Personal einzusparen.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Wenn Sie allerdings Personal einsparen und sich wirklich an einem konstruktiven Prozeß beteiligen wollen, dann reicht es nicht, wenn Ihre Finanzpolitiker verbal immer erklären, dieses Land habe so viele Beamte, Sie aber nie konkret vortragen, an welcher Stelle Sie denn bereit wären, etwas einzusparen. Ich warte wirklich seit Jahren darauf, daß Sie einmal konkrete Einsparmöglichkeiten darstellen. Diesen Beweis Ihrer Arbeit sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden uns in der Tat auch parlamentarisch mit dem Problem auseinandersetzen, wie wir denn mit den Organisationsgutachten umgehen - es gibt 6 900 Stellen, die der Finanzminister der Regierung vorgelegt hat -, wie dieses gewaltige Arbeitspensum bewältigt werden soll.

(B) Es gab gemeinsame Überlegungen aller Fraktionen, die Gutachten bereits heute mit Möglichkeiten in Verbindung zu bringen, die es den Ressorts verwehren, die untersuchten Bereiche für andere Zwecke zu verwenden. Wir werden darauf in der nächsten Sitzung - am Freitag tagt ja noch der Haushalts- und Finanzausschuß - bei der Lesung des zurückkommen. Es gab einen Formulierungsvorschlag von den Kollegen der CDU-Fraktion, den wir problematisiert haben, weil er uns so, wie er ausgestaltet war, nicht plausibel und nicht sinnvoll erschien. Wir werden darauf zurückkommen und einen eigenen Vorschlag unterbreiten. Ich kündige jetzt schon an, daß wir die Instrumente schaffen wollen, damit die Ressorts nicht in der Lage sind, die vom "Arbeitsstab Aufgabekritik" untersuchten Bereiche für andere Zwecke umzusetzen, die dann letzten Endes nicht ausgabenneutral sind, sondern dazu führen, daß wir mehr Geld ausgeben.

Wir werden auch überlegen müssen, wie wir mit den Organisationsgutachten umgehen. Kollege Schauerte

(C)

hat gesagt, er wolle die Organisationsgutachten haben. Ich habe das in der Tat auch sehr lange so gesehen. Herr Schauerte, es gibt dabei aber gewisse Probleme.

Erstens: Rein vom Verfassungsauftrag her liegt die Organisationsgewalt eindeutig beim Ministerpräsidenten. Das heißt: Das, was organisationsmäßig gemacht wird, ist Kompetenz der Regierung. Und ein Gutachten ist noch kein Regierungshandeln. Regierungshandeln setzt erst dann ein, wenn die Regierung zu dem Gutachten ein Ergebnis erarbeitet hat, das wir dann politisch bewerten können. Dann setzt Politik ein. Deshalb müssen wir uns überlegen, ob wir die Gutachten offiziell anfordern - viele haben Sie ja schon.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein!)

- Selbstverständlich!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie vielleicht, wir nicht!)

- Es wundert mich, daß die ÖTV Ihnen das Organisationsgutachten "Versorgungsverwaltung" nicht genauso offiziell überreicht hat wie uns.

(Zurufe)

(D)

- Dann empfehle ich Ihnen, einmal Ihre Kollegen beim Deutschen Beamtenbund anzusprechen, die über ihre Personalräte sehr genau informiert sind.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das sind die Seilschaften!)

Wie dem auch sei: Die Personalräte sind offiziell in die Organisationsgutachten eingebunden. Die Personalräte bedienen sich - was ganz normal und vernünftig ist - ihrer Organisationen, um die Gutachten zu bewerten. Und die Organisationen, wenn sie clever sind, wenden sich natürlich offenbar an die richtigen Leute, wenn sie mit ihnen über die Ergebnisse der Gutachten reden wollen.

(A) (Walsken [SPD])

Offenbar hat die ÖTV Sie nicht als ordnungsgemäße Adresse betrachtet; das kann ja sein.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wir stellen keine Stützfragen!)

Wir haben sie jedenfalls bekommen.

Wir müssen ernsthaft überlegen, ob wir schon zu dem Zeitpunkt, zu dem die Organisationsgutachten vorliegen, in Dialoge eintreten können. Ich halte das für verfrüht. Ich bin erst dann bereit, mit Organisationen in den Dialog über die Organisationsgutachten einzutreten, wenn mir eine politische Bewertung dieser Gutachten durch die Landesregierung vorliegt.

Das bedeutet natürlich auch, daß wir Parlamentarier festlegen müssen, in welchen Ausschüssen die Organisationsgutachten, die Haltung der Landesregierung dazu und die stellen- und organisationsmäßigen Konsequenzen dazu diskutiert werden sollen. Wo soll das behandelt werden? - Herr Kollege Schauerte, Sie sind mit dem Mund ja immer sehr schnell dabei: Haben wir im Landtag schon die Überlegung angestellt, wie wir damit umgehen wollen? Ich sehe schon die Situation, daß sich in erster Linie die Fachausschüsse mit den Organisationsgutachten und deren Konsequenzen befassen, weil wir keinen koordinierend zuständigen Fachausschuß haben.

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein!)

Wir werden uns über die Frage unterhalten müssen, wer der zuständige Fachausschuß sein könnte.

Wir werden auch überlegen müssen, ob der Finanzausschuß, der für die haushaltsmäßige Umsetzung zuständig ist, nicht auch den Innenausschuß hinzuziehen muß, der eigentlich der Organisationsausschuß des Landes Nordrhein-Westfalen ist.

Ich würde mir auch wünschen, daß das, was vom Arbeitsstab Aufgabenkritik an Finanzeinsparungen vorgelegt wird, nicht nur durch eine finanzwirtschaftliche, sondern auch durch eine innovative organisationspolitische Betrachtung begleitet würde, die eigentlich vom Innenminister angestellt werden müßte, denn dieser ist als Organisationsminister für die Landesregierung zuständig und verfügt als einziges Res-

(C)

sort über eine komplette Organisationsabteilung; er müßte also auch das Know-how haben, um hier entsprechende innovative Verfahrensvorschläge machen zu können.

Ich wünsche mir also, daß wir die Bewältigung der Organisationsgutachten nicht nur unter dem finanzwirtschaftlichen Aspekt betrachten, sondern auch unter den Aspekten Bürgerfreundlichkeit, effiziente Verwaltung, aufgabenkritische Überprüfung und Entlastung der Verwaltung durch Politik - das ist ein ganz wichtiger Punkt, der uns betrifft. Wir werden auch überlegen müssen, wer das bei uns macht, wie wir das machen, wie wir damit umgehen. Denn ich möchte eines vermeiden: daß die Kollegen von der CDU - wie ich sie kenne; solche Kollegen gibt es aber natürlich im Grunde genommen in allen Fraktionen - sagen: Im Grunde sind wir dafür, daß was gemacht wird, aber nicht in unseren Wahlkreisen! Und: Natürlich muß etwas passieren, aber nicht so, wie es die Landesregierung will.

Ich wünsche mir, daß der Dialog auch in den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen und Gremien stattfindet. Er sollte nicht nur verbal in diesem Parlament stattfinden. Der Kollege Schauerte soll nicht die Möglichkeit haben, hier einfach verbal-radikal zu reagieren, sondern er muß "Butter bei die Fische tun", wie es so schön heißt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sind an einem ganz wichtigen personal- und finanzwirtschaftlichen Punkt angelangt, nämlich an dem Punkt, an dem wir erkennen müssen, daß wir von der Bürokratie - was immer das sein mag -, die im bisherigen Umfang bezahlt worden ist, Abstand nehmen, sie zurückfahren müssen. An diesem Punkt sind wir angelangt.

(Zustimmung des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Das setzt voraus, daß wir uns überlegen, an welchen Punkten wir ansetzen, was unsere politischen Prämissen sind bei der Frage, wo wir zurückfahren können. Ich sehe einen sehr großen Schwerpunkt darin, daß die Beschäftigung von Verwaltung mit Verwaltung reduziert werden muß.

(A) (Walsken [SPD])

(Zustimmung der Abgeordneten Trinius [SPD] und Wickel [F.D.P.]

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung zum Beispiel ist in einer Zeit konzipiert worden, als es ganz andere Konstellationen in diesem Land gab. Es hatte damals die sinnvolle Funktion, Personalvorgänge zu bündeln und die Zahlbarmachung einheitlich durchzuführen. Im Zeitalter von Personalcomputern und Datenverarbeitungslinien muß man aber die Frage stellen, ob das von den einzelnen Häusern nicht durch eine zentrale Rechneinheit beim Finanzminister viel zügiger gemacht werden kann. Man muß sich fragen, ob es noch Sinn macht, eine Person in der personalbewirtschaftenden Stelle mit dem Ausfüllen der Formulare zu befassen, die auf dem Dienstweg zum Landesamt für Besoldung und Versorgung gehen und dort wiederum von einer anderen Person in den Computer eingegeben werden müssen, damit die Personalkraft auch das Geld auf ihr Konto bekommt. Es bedarf einer grundsätzlichen Betrachtung, ob das nach heutigen Gesichtspunkten noch sinnvoll ist.

Die zweite Gewichtigkeit, die ich sehe: Wo können wir Gesetze entfrachten, damit Verwaltungen nicht ständig damit befaßt sind, mit anderen Verwaltungen darüber zu diskutieren, wie sie das Geld, das wir zur Verfügung gestellt haben, ausgeben können? Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, anstelle von Einzel Förderungen pauschalierte Förderungen zu betreiben und diese Beschäftigung von Verwaltung mit Verwaltung zu reduzieren.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Ich habe nie Verständnis dafür gehabt, weshalb wir im Kindergartenbereich Standards vorgeben. Ich habe nie Verständnis dafür gehabt, weshalb wir bei den Schulbaumitteln die Schuldezernenten und die Schulamtsleiter dazu verpflichten, wegen jedem Quadratmeter Raumes, der zur Verfügung steht, mit dem Regierungspräsidenten darüber hin- und herzuverhandeln, ob die Mauer hierhin oder dorthin kommen muß. Auch hier könnte durch pauschalierte Verfahren Verwaltung entlastet werden.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

(C)

Dritter Punkt: Müssen wir nicht die Bürger in ihrem Erleben von Verwaltung mehr daran gewöhnen, daß Verwaltung innovativ, als Dienstleistungsverwaltung, nicht primär als Ordnungsverwaltung begriffen wird? Und wie können wir es schaffen, daß die Menschen, die mit Verwaltung zu tun haben, nicht das Gefühl bekommen, daß Verwaltung nur zu eigenen Zwecken da ist? Für mich stellt der Bereich Gewerbeaufsicht zum Beispiel schon ein Problem dar:

Ein kleiner mittelständischer Unternehmer, der 10, 15, 20 oder 30 Beschäftigte hat und eine Maschine aufstellt, wird zuerst von der Abteilung Immissionschutz besucht; er muß ein Formular ausfüllen und Gespräche führen, und darauf verwendet er einen halben Tag. Eine Woche später wird er von der Abteilung Arbeitsschutz besucht. Da geht es um das gleiche Gerät. Wieder wird diskutiert, ob das arbeitschutzrechtlich richtig ist. Zwei Wochen später wird er von der Berufsgenossenschaft besucht und muß wegen des gleichen Vorgangs wieder das gleiche machen.

Ich denke, daß dies eine Beanspruchung von Menschen darstellt, die im Produktionsprozeß stehen. Diese müssen wirklich das Gefühl bekommen, daß Administration nur dazu da ist, um von ihnen Aufträge zu verlangen, die eine einzige Behörde, eine einzelne Person kombiniert genausogut machen könnte, als wenn das Ganze auf drei Dienststellen verteilt wird. Über diesen Ansatz müssen wir auch diskutieren. Hier muß für Rationalisierung und Vereinfachung gesorgt werden, ohne daß der Zweck, den die drei Behörden haben, eingeschränkt wird; dieser kann und darf selbstverständlich nicht eingeschränkt werden.

(D)

Das, meine Damen und Herren, sind drei Schwerpunkte, die ich in der Frage "aufgabenkritische Überprüfung der Landesverwaltung" sehe. Wenn wir uns dieser Aufgabe widmen, werden wir nicht nur die Möglichkeit erhalten, Bedarfe an Stellen, an denen wir sie gern sähen, zu befriedigen, sondern auch die Möglichkeit, das Ansehen der öffentlichen Verwaltung innerhalb der Bevölkerung wieder zu steigern.

Ich denke, daß das auch der eigentliche Grund ist, weshalb wir viel mit Organisationen reden müssen, um sie dafür zu gewinnen, daß es letzten Endes nicht darum geht, Verwaltung zu reduzieren, sondern daß

(A) (Walsken [SPD])

es darum geht, die Akzeptanz der Verwaltung durch den Bürger zu steigern. Daran sind die Gewerkschaften, sind die Personalräte, sind die Beschäftigten genauso interessiert, wie wir daran interessiert sein müssen, daß unsere Verwaltungen zu unserer Zufriedenheit die Gesetze, die wir machen, ausführen.

Hier haben wir noch viel zu leisten, und ich wäre froh, wenn wir das sachlich und nicht in der Form tun könnten, wie Kollege Schauerte das hier angefangen hat; denn dann wird es keine sachliche Auseinandersetzung, sondern dann wird es ein verbaler Austausch von Plakaten, der keiner Seite hilft.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Walsken. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

(B) **Abgeordneter Wickel (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur kurz vorab, Kollege Walsken, damit das auch historisch richtig ist: Die Gutachten haben unseres Wissens die Personalräte bekommen, und zwar vertraulich im Rahmen der guten Zusammenarbeit. Wenn Sie es an die Berufsverbände weitergeben, ist das ein anderes Problem. Aber zumindest für meine Fraktion muß ich erklären, daß wir sie nicht haben und dementsprechend auch noch nicht darüber reden und verhandeln können.

Das heißt auf deutsch: Es ist interessant, wenn das hier so thematisiert wird, daß wir letztlich an dieser Diskussion nicht teilnehmen können, weil uns die Landesregierung damit nicht ausgerüstet hat. Es wäre vielleicht doch wichtig, wenn das Parlament mit seinen Gremien ähnlich beteiligt würde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber kommen wir zum eigentlichen Haushaltsgeschehen zurück! Es war erst am 18. September dieses Jahres, als ich für die F.D.P.-Fraktion zur ersten Lesung des Haushalts 1993 die damals erkennbaren Haushaltsrisiken beschrieben habe. Heute, weniger als

(C)

drei Monate später, haben sich die von mir dargestellten Haushaltsrisiken dramatisch verändert, und zwar in Richtung einer weiteren Verschlechterung der Haushaltslage.

Im September konnten wir noch von einer Konjunkturabschwächung ausgehen; heute stehen wir vor einer beginnenden Rezession, und die zu erwartenden Steuereinnahmen sinken weiter und schneller. Heute, bei der zweiten Lesung des Haushalts, haben wir die Beratungen des Gesamthaushalts einschließlich der Stellenpläne in den Ausschüssen hinter uns und können deshalb zu einer Bewertung kommen.

Die Beratungen der Stellenpläne im Unterausschuß "Personal" waren sachlich, kollegial, und mit den Vertretern der Häuser wurde fast um jede Stelle gerungen. Der Gutachterdienst bereitete die Sitzungen ausgezeichnet vor; für die Zukunft wird auch die Professionalität wachsen, so daß wir als Ausschußmitglieder gegenüber den Vertretern der Häuser in einen besseren Wissensstand kommen werden.

Aber was haben die Beratungen uns im Ergebnis gebracht: unbedeutende Stelleneinsparungen oder Stellenvermehrungen. Meine Damen und Herren, es war geradezu ergreifend, wie uns die Vertreter der jeweiligen Häuser klarzumachen versuchten, an der oder jener Stelle des Ministeriums würde alles zusammenbrechen, wenn wir das Personal nicht bewilligten, oder die Lösung von Aufgaben würde überhaupt in Frage gestellt, wenn das entsprechende Personal nicht vorhanden sei.

(D)

Fazit für mich: Der Unterausschuß ist als begleitendes Kontrollinstrument des Parlaments richtig, aber personelle Einsparungen sind damit kaum zu erzielen. Hierfür setze ich bis zum Beweis des Gegenteils meine Hoffnung auf den Arbeitsstab "Aufgabenkritik". Ich beneide Herrn Kahlenberg als Leiter dieses Arbeitsstabes wahrlich nicht, geht er doch für uns alle einen steinigen Weg, auf dem zusätzlich noch überall die Heckenschützen lauern. Wenn das Ziel der Einsparung von rund 7 000 Stellen erreicht werden soll, müssen dieses Parlament und diese Regierung noch

(A) (Wickel [F.D.P.]

manchen Stein wegräumen und die Wegelagerer entwaffnen.

(Beifall des Abgeordneten Trinius [SPD])

Dafür müssen sich Ministerpräsident, Finanzminister und das ganze Kabinett nicht hinter, sondern vor den Arbeitsstab stellen, um die jeweiligen Heckenschützen mutlos zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Es gibt keine Alternative zu den Stelleneinsparungen. Hierbei sollte uns allen bewußt sein, daß die Entscheidungen und Ergebnisse nicht kurzfristig den Haushalt entlasten, sondern auf einer längeren Zeitachse künftige Haushalte überhaupt bezahlbar machen.

Für meine Fraktion mache ich keinen Hehl daraus, daß die bisher zurückgelegten Wegstrecken und der dauernde Beschuß aus allen Ecken die Entfernung bis zum gewünschten Ziel nur unwesentlich verringert haben. Wir brauchen den Räumbagger! Wenn er, ähnlich dem Rasenmäher, auch nur planieren kann, so wird der Weg erkennbarer, gehbarer und führt damit schneller ans Ziel.

(B)

Wir brauchen als einen ersten Beschluß, das Stellen-soll um ein Prozent in den Ministerien abzusenken, und, meine Damen und Herren, wir brauchen diesen Beschluß für den Haushalt 1993. Wir brauchen einfach ein Zeichen in die richtige Richtung!

Wenn uns nun Kritiker entgegenhalten, das könne man so nicht machen, dann behaupte ich: Die Landesregierung hat mit ihrer zwölfmonatigen Wiederbesetzungssperre lediglich eine kleinere Planierraupe eingesetzt und über eine viel größere Fläche fahren lassen. Die F.D.P.-Fraktion ist einverstanden, wenn dadurch Aufgabenverlagerungen oder die Zurücknahme von Aufgaben erforderlich wird.

Ein Beispiel für vieles: Was verschlägt es dem Wohnungsbau, wenn die Prüfung bei Bauvorhaben von mehr als 50 Wohneinheiten in unserem Gemeinden nicht mehr gutachterlich vom zuständigen Ministerium begleitet wird? Allein an einer solchen Aufgabe können Sie erkennen, wieviel Ballast wir in den Jahren

(C)

aufgehäuft haben und wieviel koordiniert wird, was gar keine eigentliche Leitungsaufgabe mehr ist.

Deshalb heißt es für uns: Weniger an Koordinierungsaufgaben und Mittelverteilungssystemen ist gefordert, damit das Unternehmen "Land" effizienter, wirtschaftlicher und zielgerichteter geführt werden kann.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.]

Weniger hierarchische Strukturen ermöglichen eben die Stärkung der eigentlichen Arbeitsebene.

Der Bund hat diesen Weg auch gehen müssen, weil anders, meine Damen und Herren, das Ziel nicht erreichbar erscheint.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Pfff!)

- Wenn die Frau Kollegin ihre Luft so hörbar auspreßt, dann zeigt das eben nur, daß sie den Ernst der Lage noch nicht erkannt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, ohne zusätzliche Maßnahmen neben der Aufgabenlösung durch den Arbeitsstab "Kalenberg" kommen wir, Frau Kollegin, nicht über den Berg.

(D)

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Handeln ist gefragt! Wir fordern die Landesregierung auf, dieses unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P.-Fraktion wird nicht nachlassen, dieses Handeln einzuklagen. Aber wir machen auch weitere Vorschläge.

So hat mein Fraktionsvorsitzender Achim Rohde vor kurzem einen von vielen möglichen Wegen vorgezeichnet, den wir vorurteilsfrei diskutieren sollten. Dieser Weg, Herr Kollege Bensmann, heißt: mehr arbeiten. Wenn jede Stunde Arbeitszeitverkürzung etwa 2,6 % mehr Arbeitslohn bedeutet, so wären 1,5

(A) (Wickel [F.D.P.]

Stunden Mehrarbeit pro Woche - also die 40-Stunden-Woche - eine Ersparnis für den Landeshaushalt von etwa 690 Millionen DM. Oder ich mache die ÖTV-Rechnung auf; dann sind durch die Arbeitszeitverkürzung rund 8 000 Stellen zusätzlich geschaffen worden, macht summa summarum 560 Millionen DM.

Sie können daraus unschwer erkennen, meine Damen und Herren, welches Potential in den Personalkosten schlummert. Hierbei zeigt sich aber auch der Widersinn weiterer Arbeitsverkürzungen. Trifft die ÖTV-Aussage zu, dann müssen genau die Stellen eingespart werden, die die Arbeitszeitverkürzung zusätzlich erbracht haben soll. Hierbei erinnere ich nochmals an unsere Diskussion bei der ersten Lesung des Haushalts 1993, bei der wir uns auch mit Steuererhöhungen auseinandergesetzt haben.

Wenn die Zeiten nun einmal so schlecht sind und noch schlechter werden, das Geld hinten und vorne nicht reicht, die Wirtschaft lahmt, der Staat nach Steuererhöhungen ruft, aber die Arbeitnehmer in unserem Land und in der Republik stöhnen, weil sich alle Belastungen erhöhen, dann, glaube ich, muß auch unkonventionell gedacht werden dürfen. Dann muß unter Umständen durch Mehrarbeit das Fehlende erbracht und nicht in erster Linie dem Bürger in die Tasche gegriffen werden.

(B)

Die Devise lautet also: Mehr arbeiten, damit unsere Gegenwart und die zukünftigen Aufgaben bezahlbar bleiben. Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Dienst, sondern für alle Arbeitnehmer in unserem Land und der Republik. Ich bin sicher, die Frage an die Arbeitnehmer, ob sie eine 10%ige Steuererhöhung oder eine Stunde pro Woche mehr arbeiten wollen, wird klar gegen die Steuererhöhung beantwortet werden.

Wie Sie aus meinen bisherigen Ausführungen unschwer entnehmen können, stehen wir am Anfang von Einsparungen, sehen eine Priorität bei Personalreduzierungen und wollen die zweckkritische Betrachtung aller übernommenen Aufgaben beginnen lassen und unterstützen. Wir wollen auch Aufgaben in Frage stellen, wobei mögliche Antworten hierauf Zurücknahme, Verlagerung oder Privatisierung von Leistungen sein können.

(C)

Ein Staatsanteil von fast 52 % in diesem Jahr - d. h. 52 Pfennig von jeder Mark werden durch den Staat ausgegeben -, mit der Tendenz auf 56 % Staatsanteil 1995 steigend, meine Damen und Herren, das verlangt zwingend das Umsteuern.

Und: Wir brauchen hierfür auch ein helfendes Gremium dieses Parlaments. Hier nehme ich die Idee von dem Kollegen Walsken gern auf, daß dieses Parlament - an einer noch zu findenden Stelle - koordinieren muß, wie wir das Umsteuern hinbekommen. Meine Damen und Herren, alles steht doch unter dem Oberbegriff: Wir brauchen den schlanken Staat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dieser Stellenplan schärft das Problem an, bringt noch keine Lösungsansätze, sondern lediglich zaghafte Bewegungen auf dem steinigen Weg. Er ist für uns unter diesen Bedingungen politisch nicht verantwortbar, und wir lehnen ihn deshalb ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Wickel. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

(D)

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! CDU und F.D.P. meinen offenbar, mit einem tiefen Griff in die ideologische Mottenkiste diese Personaldebatte bestreiten zu können. Sie reden neudeutsch vom "schlanken Staat", wirklich ein Schicki-Micki-Wort. Das ist die neudeutsche Version des alten liberalistischen Nachtwächterstaates.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das ist der arme Staat. Der arme Staat war schon immer der Staat, in dem die Reichen am meisten und die Armen eben nichts zu sagen haben. Was F.D.P. und CDU hier vorgebracht haben, ist billige Stimmungsmache. Sie bleiben die ehrliche Antwort schuldig, wo denn gespart werden soll.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.]

Während der Haushaltsberatungen haben Sie nichts Konkretes auf den Tisch gelegt. Da muß ich Herrn Walsken wirklich recht geben, wenn er sich darüber beklagt, daß hier ernstzunehmende Sparvorschläge von Ihnen jedenfalls nicht gekommen sind. Von Ihnen kommen nur Erhöhungsvorschläge.

Ich sehe Herrn Wickel gerade nicht; die bekannten Vorschläge der F.D.P. - 10 % sparen, 20 % sparen, 50 % sparen - nehme ich jetzt einmal aus, die sind nicht ernst zu nehmen, die sind einfach nur noch lächerlich.

Das ganze CDU-Gerede von Personal abspecken, von Entschlacken, Verwaltungskosten reduzieren, das hat doch nicht zuletzt eine Entlastungsfunktion. Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik, und zwar auf der Bundesebene, hat die öffentlichen Haushalte doch erst in die schlimme Lage gebracht, in der sie sich jetzt befindet. Mit immer neuen Steuergeschenken an die Unternehmen und blauäugig-naiven Illusionen über die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hat Ihre Bundesregierung die öffentlichen Finanzen ruiniert. Und jetzt suchen Sie Sündenböcke! Einmal sind das die Asylsuchenden, dann sind es die Sozialhilfeempfänger, und jetzt ist es eben der öffentliche Dienst.

(B)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Davon könnte sich die Landesregierung - Herr Schleußer - jetzt offensiv absetzen. Tatsächlich ist aber die Haushaltspolitik der Landesregierung genauso konzeptionslos und strukturkonservativ wie die der CDU. Die Landesregierung macht es allerdings etwas anders: Sie verkauft diese Konzeptionslosigkeit, diese Not als Tugend und vergibt großflächig Gutachten an konservative Wirtschaftsberatungsgesellschaften, hinter denen sie sich dann verstecken und aus der Verantwortung stehlen kann.

Aber interessant ist ja eine Auswertung der bisher vorgelegten Gutachten. Daran kann man nämlich erkennen, daß hier für echte Personaleinsparungen absolut nur minimale Spielräume gefunden wurden.

(C)

Ich nenne da das Beispiel Kienbaum-Gutachten für die Schule. Echte Ineffizienzen stehen nicht darin. Rationalisierungschancen gibt es nicht. Im Gegenteil: Die Gutachter haben klargemacht, daß die finanziellen Einsparungen eben nur bei Leistungsabbau erreichbar sind. Im Klartext: Wenn die Schule auf Förderangebote mit leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern verzichtet, dann werden weniger Lehrerinnen und Lehrer benötigt. Das wußten wir allerdings schon vorher. Dazu brauchten wir nicht Millionenbeträge für Gutachten auszugeben.

Herr Finanzminister, die entscheidende Frage ist doch: Wieviel Schule können und wollen wir bezahlen? Darum geht es. Wollen wir Chancengleichheit auch für sozial benachteiligte Kinder, oder wollen wir eine Situation, in der wieder der Geldbeutel der Eltern über die Lebenschancen der Kinder entscheidet? - Unsere, der GRÜNEN, Antwort ist: Wir wollen keinen Personalabbau in der Schule, sondern wollen mehr Lehrerinnen und mehr Lehrer eben für eine bessere Integration ausländischer Kinder, mehr Personal für eine bessere Förderung benachteiligter und behinderter Kinder. Wir wollen zusätzliche Gelder für Ganztagschulen, damit Eltern Beruf und Kinder miteinander verbinden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Da fragen Sie natürlich, woher das Geld kommen soll. Jetzt sage ich Ihnen, Herr Schleußer: Wir machen mit der Aufgabenkritik Ernst. Es gibt sinnlose Ausgaben in Milliardenhöhe im Landeshaushalt. Deshalb finden wir es verantwortungslos, wenn die SPD über Personalabbau - sprich Erhöhung der Massenarbeitslosigkeit - redet, während sie gleichzeitig Milliardenbeträge zum Fenster hinauswirft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen an anderer Stelle sparen. Wir wollen zunächst beim Neubau von Straßen sparen, bei den sündhaft teuren U-Bahnen, bei den unsinnigen Subventionen, beim Neubau von Landesbauten, und wir wollen mit vermehrten Betriebsprüfungen dafür sorgen, daß die Schlupflöcher für Steuerhinterziehungen

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

für gut verdienende Unternehmen zugestopft werden
- Volumen: mindestens 300 Millionen DM pro Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist echte, das ist politische Aufgabenkritik. Erst wenn diese geleistet ist und das Geld dann immer noch nicht reicht, können wir ja weiterreden. Aber dieser Punkt ist bei weitem noch nicht erreicht. Im Gegenteil: Während der Haushaltsberatungen, Herr Walsken, haben wir immer wieder feststellen müssen, daß die SPD Wasser predigt, aber Wein trinkt. Wie anders ist denn zu erklären, daß die SPD-Fraktion den Ansatz für den Straßenneubau um einmal 55 Millionen DM auf jetzt 860 Millionen DM pro Jahr erhöht hat?

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ohne Deckung, Herr Walsken, obwohl, so hat mich der Ministerpräsident aufgeklärt, Nordrhein-Westfalen das dichteste Straßennetz Europas hat!

Oder wie ist das Gerede vom Sparen zu bewerten, wenn die Landesregierung sich mit 40 Millionen DM den größten Propagandaapparat aller Zeiten leistet?

(B) Herr Schleußer, gestern - ich weiß nicht, ob Sie es wissen - hat Ihr Finanzministerium eine Presseerklärung herausgegeben, in der behauptet wird, ich könne die Zahlen der Landesregierung nicht lesen und hätte mich deshalb als Haushaltsexperte meiner Fraktion lächerlich gemacht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Von der Sache her geht es darum, daß Sie Ihre eigenen Zahlen nicht lesen können. Die stehen nämlich in der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage - ich darf es Ihnen noch einmal vortragen, Herr Schleußer; vielleicht können Sie sich gleich auch einmal dazu äußern -:

Im Haushalt 1992 sind 40,2 Millionen DM für die Selbstdarstellung der Landesregierung, genannt Öffentlichkeitsarbeit, veranschlagt, Gruppe 531 des Landeshaushalts.

(C)

Das ist das 2,7fache des Ansatzes von 1985. Also von Sparen wirklich keine Spur!

Oder noch eine zweite Zahl, die Sie vielleicht auch nicht so gern hören! Die Ausgaben für Repräsentation - Gruppe 541 - liegen bei jetzt 19,1 Millionen DM. Das ist das Vierfache des Ansatzes von 1985. Ist das Ihre Sparphilosophie, die sich da ausdrückt? Das ist doch wohl das glatte Gegenteil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Schleußer, ich weiß, daß Sie mit inhaltlicher Kritik schlecht umgehen können. Das habe ich von Anfang an hier im Landtag gespürt. Daß das Finanzministerium aber auch vor glatten Lügen nicht zurückschreckt, um die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen, das ist für mich eine neue Qualität dieser Auseinandersetzung.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Herr Präsident, haben Sie das verstanden?)

Herr Finanzminister - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Busch, darf ich Sie einmal unterbrechen! (D)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Ja, sicher.)

Wir hatten uns doch darauf verständigt, daß wir Begriffe wie "lügen" und ähnliche Bemerkungen hier nicht mehr verwenden. Sie sollten selber ein gutes Beispiel geben. Man kann das auch anders ausdrücken.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ich habe vom "Finanzministerium" gesprochen. Ich überlasse es dem Finanzminister zu klären, wer dafür zuständig ist.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich kann mich nicht auf Diskussionen einlassen. Das ändert nichts am Sachverhalt.

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Ich bitte Sie, sich jetzt darauf einzustellen und sich so zu verhalten, wie ich Ihnen das gesagt habe.

(Beifall bei der SPD)

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Finanzminister, Sie klagen über den hohen Personalkostenanteil des Landes. Gleichzeitig stellen Sie aber heraus, daß die Landesverwaltung eine wichtige Dienstleistungsfunktion übernimmt. Das paßt doch irgendwie nicht zusammen. Welches Dienstleistungsunternehmen würde sich denn darüber wundern, daß es einen hohen Personalkostenanteil hat? Es ist doch völlig klar und auch so gewollt, daß in Schulen, Hochschulen, Gerichten, Finanzämtern, Polizeibehörden, Krankenhäusern, Kindergärten, Umweltbehörden Personalkosten entstehen. Das ist von der Natur der Sache vollkommen klar. Das sind personalintensive Verwaltungen. Ansonsten könnten sie ihren Aufgaben überhaupt nicht gerecht werden. Und diese angeblich überbesetzten Verwaltungen erfüllen zentrale Aufgaben im Dienste der Demokratie, im Dienste des Gemeinwohls und der Zukunftssicherung.

(B) Wie würden denn eines Tages unsere Kinder leben ohne gute Schulen und Hochschulen? Wie könnte die Wirtschaft denn funktionieren ohne eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung? Wie könnte es den demokratischen Staat geben ohne eine demokratische Polizei und eine rechtsstaatliche Justiz? Wie könnten die notwendigen Mittel besorgt werden ohne effektiv arbeitende Finanzämter? Wie sollen denn der Arbeitsschutz in den Betrieben und der Umweltschutz gegenüber der Industrie durchgesetzt werden ohne kompetente Experten in den Behörden? - Darum geht es doch. Das sind die Kernfragen beim Personalhaushalt.

Da muß ich Ihnen sagen: Diese sogenannte Zauberformel "Privatisierung" bringt in der Praxis wenig, häufig gar nichts oder sogar noch Nachteile. Die Erfahrung zeigt, daß die angeblichen Kostenvorteile in der Regel mit Leistungsabbau verbunden sind und diese scheinbaren Patentrezepte eigentlich nur helfen, um der eigentlichen Frage auszuweichen, welche Aufgaben nämlich der Staat tatsächlich für seine Bürgerinnen und Bürger erfüllen soll und wieviel diese dann dafür zu zahlen bereit sind.

(C)

Jetzt ist bekanntgeworden, daß die Landesregierung sich auf eine Streichliste von rund 8 000 Stellen verständigt hat. Damit sind die ganzen Gutachtenberge Makulatur. Warum schicken Sie denn nicht die Kalenberg-Gruppe nach Hause, wenn Sie die Ergebnisse dieser Gruppe gar nicht brauchen, um zu Ihren konkreten 8 000 Stellen zu kommen? Aber selbst wenn die 8 000 Stellen begründet wären - unterstellen wir das einmal einen Moment! -: Wollen Sie damit ernsthaft die Finanzprobleme des Landes lösen, Herr Schleußer? 8 000 Stellen, das sind 500 Millionen DM pro Jahr. Die Kreditneuaufnahme beträgt 4,3 Milliarden DM, also das mehr als Achtfache! Aber die 500 Millionen DM, die Sie jetzt einsparen, sind die Hälfte der direkten Subventionen an Unternehmen in Nordrhein-Westfalen - um diese Relationen einmal klarzubekommen und auch die Größenordnung der Sparpotentiale klarzustellen!

Auch für uns GRÜNE sind Personaleinsparungen kein Tabu, aber sie dürfen nur aufgrund einer sorgfältigen Ausgaben- und Aufgabenkritik vorgenommen werden. Wir brauchen einen Entscheidungsprozeß nach rationalen, innerlich begründeten Kriterien und nicht nach der Rasenmähermethode.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Herr Schleußer, Ihre zwölfmonatige Stellenbesetzungssperre ist genau eine dieser Methoden, die willkürlich und sachwidrig wirken und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst demotivieren. Bereiche hoher Fluktuation, häufig schon Resultat ständiger Überforderungen und unzumutbarer Arbeitsbedingungen, werden so weiter geschwächt. Ich denke, das ist der falsche Weg.

Herr Schleußer, jetzt haben Sie ein weiteres Patentrezept in die Debatte gebracht. Sie wollen die Personalquote an der sogenannten Personalsteuerquote orientieren, also die Personalausgaben, geteilt durch die Steuereinnahmen des Landes, sollen 50 % nicht übersteigen. Jetzt darf ich Ihnen einmal sagen, welche Zahlenwerte diese aus meiner Sicht sehr merkwürdige Quote in den letzten Jahren hatte. Wir hatten vor 20 Jahren 46 %, 1982 hatten wir 59 %, 1989 47 % und dann 1992 49 %. Würde man das als Steuerungsgröße ernst nehmen, würde man also sagen, 50 % Personalsteuerquote ist eine relevante politische Grö-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

ße, hätte man 1982 ca. 30 000 Leute hinauswerfen müssen, weil damals die Steuereinnahmen konjunkturell bedingt sehr niedrig waren. Andersherum gesehen: Man hätte 1989 ungefähr 10 000 Leute einstellen können, weil wir mit unserer Personalsteuerquote bei 47 % waren.

Welche Rationalität steckt dahinter, eine solche Quote hier in die politische Debatte zu bringen, wo nicht der Zähler, sondern der Nenner die bestimmende Größe ist, wo man den Personalbestand an den konjunkturell stark schwankenden Steuereinnahmen orientieren will? Ich denke, Herr Schleußer, diese Quote ist personalpolitischer Unsinn, und sie dient nur dazu, die Stimmung für den Personalabbau aufzuputschen.

Wenn man sich die Personalausgaben, bezogen auf die Gesamtausgaben des Landes, über die Jahre ansieht, kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen. Im Jahre 1977 lag diese Quote bei 40,7 %, 1984 waren es 40,2 % und 1992 39,7 %. Also diese Quote ist über 15 Jahre praktisch konstant geblieben. Wo ist eigentlich Ihr Angriffspunkt, jetzt die Personalkosten und Personalausgaben so in den Mittelpunkt zu stellen?

(B) Ich gebe Ihnen allerdings eines zu: Bedrohlich sind die heute schon absehbaren Pensionslasten. Das ist richtig, allerdings ein Reflex der Tatsache, daß heute für Beamte keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden. Diesen Effekt haben Sie auch weidlich ausgenutzt, indem Sie Angestelltenstellen in Beamtenstellen umgewidmet haben. Das kann man aber doch den Beschäftigten nicht anlasten. Das zeigt doch nur, daß den konkreten Versorgungs- und Pensionsregelungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Die haben es in sich, das stimmt. Hier zeigen sich aber auch gravierende Ungerechtigkeiten.

Wenn man sich zum Beispiel die Regelung der Altersstufen ansieht - die ist grob unsozial. Bei den Beamten wird das letzte Gehalt zur Berechnung der Pension herangezogen, im Unterschied zu den Angestellten, wo eine Durchschnittsgröße auf der Basis des Durchschnittseinkommens errechnet wird. Darum könnte man sich einmal kümmern. Irgendwelche Vorstöße, Herr Schleußer, von Ihnen zur Beseitigung solcher Beamtenprivilegien sind mir jedenfalls bislang nicht

(C)

bekannt geworden. Da sind Sie immer der Lobby der hohen Beamten hinterhergeseigt.

Wir GRÜNEN sind für eine konsequente Beseitigung solcher Privilegien, wir wenden uns aber auch gegen eine pauschale Difamierung des öffentlichen Dienstes. Herr Schleußer, das pauschale Argument, der öffentliche Dienst verdiene zu viel, ist absolut sachfremd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Polizei, bei den Umweltbehörden und in den Finanzämtern wird in der Regel zu wenig verdient. Das Kienbaum-Gutachten zum Beispiel für den Polizeidienst hat gerade offengelegt, daß hier krasse Unterbezahlungen vorliegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Es gibt andere Bereiche, die ausgesprochen gut verdienen. Wenn dann immer von Anspruchsdenken gesprochen wird, will ich Ihnen ein Beispiel aus letzter Zeit erzählen, welches wir gerade im Landtag selbst hatten. Da ging es nämlich - ich habe vorhin gesehen, daß auch ein entsprechender Antrag der CDU vorliegt - um die Einrichtung von fünf neuen Stellen für den Landtagsdienst. Da sind Sie - die CDU - dagegen. Gleichzeitig hatten wir im Unterausschuß Personal - Herr Bensmann, Sie erinnern sich - die Frage, ob nicht der stellvertretende Landtagsdirektor von B 4 auf B 6 hochgehievt werden soll. Die CDU, die sich sonst so gerne als Vorreiterin in Sachen "schlanker Staat" aufspielt, hatte dagegen überhaupt nichts einzuwenden. Nur, diese Erhöhung von B 4 auf B 6

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Falsch!)

kostete ungefähr 15 000 DM. Aber Ihr Kopierbeauftragter - Herr Bensmann, das wissen Sie ganz genau -, eine ABM-Stelle,

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

kostet, weil er vom Arbeitsamt bezuschußt wird, eher weniger als 15 000. Ich frage mich, welche Rationalität steckt dahinter, bei kleinen Stellen zu sperren,

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Hardt [CDU])

und wenn die Großen mehr verdienen sollen, dann läßt man das passieren! Ich denke, da machen Sie sich unglaublich.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Ich will noch einmal einen letzten Punkt ansprechen - die Einkommensschere im öffentlichen Dienst. Das geht von A 3 - das heißt ungefähr 2 500 DM im Monat - bis B 10 - deutlich über 15 000 DM im Monat -, also das Sechsfache des Gehalts des kleinen Beamten.

Herr Schleußer, mich würde interessieren, wie Sie sich bei den nächsten Verhandlungen im öffentlichen Dienst verhalten werden. Werden Sie zum Beispiel für eine lineare Komponente eintreten?

(Zuruf des Justizministers Dr. Krumsiek)

(B) Werden Sie sich für eine Einschränkung des Zulagenwesens im öffentlichen Dienst einsetzen? Inzwischen werden geschätzt mehr als 5 % der Gehälter, also weit über 1 Milliarde DM pro Jahr, in Form von Zulagen gezahlt, die überhaupt nicht mehr durchschaubar sind. Wir werden uns noch intensiv damit befassen. Da gibt es auch krasse Privilegien im öffentlichen Dienst.

Vizepräsident Dr. Klose: Darf ich Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen?

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE): - Ich komme zum Schluß. Damit sollte man sich beschäftigen; diese Privilegien machen die Finanzprobleme aus. Aber Einsparungen im Personalbereich führen in erster Linie zum Leistungsabbau für die Bürgerinnen und Bürger, und dem werden wir uns entschieden widersetzen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Finanzminister Schleußer.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte bei der ersten Lesung noch gewisse Hoffnung, daß wir in diesem Haushaltsjahr eine andere Dimension der Debatte miteinander führen und erleben könnten. Das war schon nach der ersten Lesung ein bißchen reduziert. Nur, was wir heute feststellen müssen, ist: Die wiederholt gemachten Rituale werden wiederholt.

Deshalb muß ich deutlich in Richtung Herrn Kollegen Schauerte und Herrn Kollegen Dr. Linssen sagen: Meine Partei ist nicht dafür verantwortlich, daß in Bonn ein solches Finanzdesaster herrscht. Alles, was sich dort bisher abzeichnet, ist ein Auftürmen von Schulden. Dabei muß man wissen, daß dort nie Risiken berücksichtigt worden sind. Deshalb stürzt jetzt nicht nur auf den Bundeshaushalt, sondern auf alle öffentlichen Haushalte eine Zinslast ein, die kaum noch zu bewältigen ist. Ich hatte gehofft, das würde moderatere Töne in unsere Haushaltsdebatte bringen. Aber diese Hoffnung war wohl vergeblich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(D)

- Herr Kollege Schauerte, es wird zu Recht kritisiert, daß das Land mit 113 Milliarden DM verschuldet ist.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Ohne deutsche Einheit!)

- Ohne deutsche Einheit, sicher, Frau Kollegin. Wer aber vor diesem Hintergrund mit einem Federstrich 60 Milliarden DM darauflegen will und sagt, darüber müsse man diskutieren, der meint es mit diesem Land nicht ehrlich; das will ich Ihnen genauso deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Wer sagt denn das?)

- Sie kennen doch die Zahlen über die kreditfinanzierten Haushalte. Sie wissen doch um die 250 Milliarden DM für die Treuhänder.

(A) (Minister Schleußer)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wollten Sie sie in diesem Jahr noch bezahlen? - Weitere Zurufe der Abgeordneten Frau Hieronymi und Dr. Linssen [CDU])

- Ich befürchte, Sie haben recht, das wird noch mehr. Aber Sie haben in Ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung gesagt, der damalige Vorstandsvorsitzende habe angenommen, es gebe erhebliche Gewinne der Treuhand. Davon habe ich nichts gemerkt, aber ich weiß, daß andere von erheblichen Gewinnen der Treuhand ausgegangen sind. Ich nehme an, wir sind zumindest da auf dem richtigen Weg: Die Treuhand wird teurer als 250 Milliarden DM.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Natürlich!)

Wir hoffen, daß es mit den 140 Milliarden DM Kreditabwicklungsfonds zumindest halbwegs stimmt, nachdem wir innerhalb weniger Monate von 100 Milliarden DM auf 140 Milliarden DM aufgestockt haben. Wir wissen auch, daß der Fonds "Deutsche Einheit" in Höhe von 90 Milliarden DM auch noch über 30 Jahre zu tilgen ist. Allein wegen dieser Positionen werden wir über Jahrzehnte hinweg 45 Milliarden DM Zinsen - nur Zinsen! - zu bezahlen haben.

(B) (Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Aber daran ist die Regierung in Bonn nicht schuld!)

- Sie hat keine politischen Entscheidungen getroffen, sie hat keine Vorsorgemaßnahmen ergriffen. Ich sage nicht, daß man politisch hätte anders entscheiden können, Herr Kollege Linssen. Ich werfe lediglich die mangelnde Vorsorge für eine solche Entwicklung vor.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schauerte zulassen?

(Minister Schleußer: Ja!)

- Bitte schön.

(C)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Finanzminister, wenn wir als Erblast die Belastung aus der Treuhand mit insgesamt 450 bzw. 500 Milliarden DM nehmen: Sind Sie ernsthaft der Meinung, daß irgendeine Regierung diese Zahl hätte verringern können, und, wenn nein, wollen Sie mit Ihrer Bemerkung sagen, Sie hätten die Belastung lieber schon in diesem Jahr anstatt erst ab 1. Januar 1995 in Nordrhein-Westfalen erlebt?

Finanzminister Schleußer: Herr Kollege Schauerte, Ihre Fragen sind immer sehr einfach, weil Sie gleich Antworten dahintersetzen. Nur: Ihre Antwort ist völlig falsch. Wenn Sie doch nur einmal zuhörten! Ich habe gesagt: Die Entwicklung bei der Treuhand, beim Kreditabwicklungsfonds und beim Fonds "Deutsche Einheit" geht nicht auf politische Entscheidungen der alten DDR-Regierung zurück. Und ich bin Ihnen weiter entgegengekommen und habe ausgeführt: Unter Umständen war es gar nicht möglich, andere politische Entscheidungen zu treffen. Das konzedere ich. Mein Vorwurf lautet lediglich: Sie haben nicht vorgesorgt, sondern den Haushalt blind gefahren.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unsinn!)

(D)

Herr Kollege Schauerte, auf diese absehbaren Entwicklungen haben Sie mit der größten Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik reagiert. Das war die Vorsorge, die Sie getroffen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1985 in drei Stufen beschlossen!)

- Entschuldigung, wann ist das fällig geworden? Das war 1990, als man schon erhebliche Risiken absah; das ist doch am Bundeshaushalt ziemlich eindeutig ablesbar. Belastet worden sind nur die Länder und die Gemeinden. Der Bund hat sich doch von dieser Steuerentscheidung abgesetzt. Was ist denn bei der Mineralölsteuer und bei den sonstigen Verbrauchsteuern geschehen? Wer allein hat davon profitiert?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wer hat denn die Schulden gemacht?)

(A) (Minister Schleußer)

Nehmen Sie doch endlich einmal die Zahlen zur Kenntnis. Ich habe bisher immer sagen müssen, Sie gingen leichtfertig mit Zahlen um, und muß jetzt feststellen, daß Sie offensichtlich die Zahlen gar nicht zur Kenntnis nehmen; das ist wohl der entscheidende Punkt.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Linssen und Herr Kollege Schauerte, ähnlich ist es mit Ihrer permanenten Wiederholung, was das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen angeht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unsere Ausführungen dazu sind richtig!)

Es hat ja auch einmal eine CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen gegeben. Ich könnte Ihnen Zahlen nennen, wie das in den Jahren von 1960 bis 1966 aussah. Ich halte das aber für eine Zahlenspielerei, die ich nicht machen will. Aber wenn Sie realistisch Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen miteinander vergleichen, müssen Sie doch vom Ausgangswert ausgehen.

(B) 1991 hatte das Land Niedersachsen die höchste Zuwachsrate beim Wirtschaftswachstum. Das finden Sie doch beeindruckend. Aber Niedersachsen lag über 3,5 Milliarden DM hinter dem Durchschnitt der steuerlichen Einnahmen zurück.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sie müssen einen längerfristigen Vergleich anstellen!)

Ich habe Ihnen, Herr Schauerte, schon bei der ersten Lesung gesagt: Wir werden in den alten Ländern ein Wirtschaftswachstum von null bis, wenn es denn gut geht, 0,5 % haben. Wir haben in den neuen Ländern ein Wirtschaftswachstum von mindestens 7,5 %. In Ihre Logik übersetzt hieße das, daß die neuen Länder geradezu ein Mekka der Steuereinnahmen sind.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ich habe die westdeutschen Länder miteinander verglichen!)

Gehen Sie also von realistischen Zahlen aus, dann kommen Sie auch zu realistischeren Ergebnissen.

(C)

Herr Kollege Schauerte, 8 000 Stellen mehr, seitdem Schleußer Finanzminister ist! Da war es doch ein ganz anderes Leben mit dem Finanzminister Posser. Er hat 17 000 Stellen abgebaut.

Es stimmt: Die Zahlen sind nicht ganz so genau. Ich will hier nicht darüber reden. Ich habe fast alle Ihrer Haushaltsreden gehört und kann noch nachvollziehen, wie Sie sehr häufig meinen Kollegen Dr. Dieter Posser menschlich tief getroffen haben, weil Sie in Ihren Reden genauso unmäßig waren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das erzählen Sie jetzt auch schon zum dritten Mal!)

- Sie erzählen dieses Beispiel ja auch immer wieder. Ich muß an dieser Stelle aufklärend wirken, Herr Kollege Schauerte: Es sind keine 8 000 Stellen mehr, sondern es sind 1988 9 909 Stellen. Das sage ich Ihnen, damit Sie beim nächsten Mal die richtige Zahl benutzen.

(Widerspruch des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ich will - das verschweigen Sie der Öffentlichkeit - diese Zahlen auch einmal auseinanderhalten. Davon sind nämlich 2 770 Stellen im Bereich der Polizei und Justiz. Sollen die gekürzt werden, Herr Kollege Schauerte?

(D)

Davon sind 5 081 Stellen in Schulen und Hochschulen. Herr Dr. Linssen, sollen die gekürzt oder gestrichen werden?

Davon sind 1 238 Stellen Aufbauhilfe für die neuen Länder, die mit Ihrer Zustimmung eingerichtet wurden. Sollen die gestrichen werden?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Deswegen habe ich nur von 8 000 Stellen gesprochen. Die anderen habe ich rausgelassen!)

Sie fordern permanent neue Stellen bei der Polizei, der Justiz und der Schule und Hochschule, kritisieren aber gleichzeitig, daß es Ihnen nicht genug sei, was dort gemacht worden ist. Sie kritisieren den Einsatz des Personals dort.

(A) (Minister Schleußer)

(Beifall bei SPD und des Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE])

Wissen Sie, was das mit seriöser Politik noch zu tun hat?

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Nichts!)

- Nichts!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Schauerte, ich weiß, daß Sie schon im Frühjahr die Finanzlage des Landes beklagt haben. Das ist auch ein übliches Ritual. Damals haben Sie Sparvorschläge angekündigt und das, was der Arbeitskreis Haushalt und Finanzen der Gesamtfraktion in Kürze vorschlagen will, daß maximal eine Steigerungsrate von 3 % eingehalten wird. Das war Ihre erste Aussage im Mai.

Dann haben Sie das im September wiederholt: Nun würde es ernst; nun kämen die Sparvorschläge. - Daraus ist im September aber auch nichts geworden. Es wurde darüber Anfang November.

(B) (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das Ziel ist erreicht! 140 Sparvorschläge!)

- So gehen Sie mit Zahlen um. Dazu möchte ich auch noch eine Anmerkung machen. Es hat keinen Moment gegeben, in dem Sie nicht Mehrausgaben gefordert hätten. Herr Dr. Linssen, Sie beispielsweise haben noch im August 7 500 Polizisten mehr gefordert.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Da habe ich gesagt: Die fehlen! Die wollen wir nicht auf einmal einstellen. - Heiterkeit bei der SPD)

- Gut! Sie reklamieren jeweils nur; das hat dann aber nichts mit Einstellungen zu tun.

Sie haben eine bessere Besoldung für Laboringenieure gefordert. Sie wollten keine bessere Bezahlung, sondern Sie wollten nur kritisieren. Sie haben mehr Personal für Hochschulen gefordert. Das Personal müßte verdoppelt werden, hat Herr Paus gesagt. - Sie wollten keine Verdoppelung, sondern Sie wollten nur kritisieren.

(C)

Drogensonderprogramm! Sie wollten kein Drogensonderprogramm, Sie wollten es nur nennen. Wie soll ich das eigentlich verstehen? Was hat das mit seriöser Politik zu tun?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann geht es um den Hochschulbau. Sie wollten nicht 723 Millionen DM mehr im Jahr für Hochschulbau? Sie wollten nur die Zahl nennen. Oder wie soll ich das verstehen?

Dann geht es um mehr offene Ganztagsbetreuung. Die Kollegin Philipp fordert 18 500 Plätze. Die wollen Sie nicht, Sie wollen sie nur nennen. Oder wie muß ich dort Ihre Politik verstehen?

(Heiterkeit bei der SPD und demonstrativer Beifall des Abgeordneten Schultz [SPD])

Ende November kommt dann das große Sparpaket in Höhe von 500 Millionen DM. Verbesserungen zur Absenkung der Nettokreditemächtigung um 1,2 Milliarden DM sind beeindruckend. Sieht man sich aber einmal an, was dort vorgeschlagen worden ist - das ist systematisch durchgehend -, stellt man fest: Alle Ausgaben für Maßnahmen werden unterveranschlagt

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch nicht wahr!)

und die Mehreinnahmen beziehungsweise Mittelkürzungen dramatisch nach oben geschoben. Das kann ich Ihnen an Beispielen belegen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: An keiner einzigen Stelle!)

Bei der CDU kostet ein Lehrer im Jahr 44 000 DM.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Stimmt doch gar nicht! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch albern!)

400 zusätzliche Polizisten und 500 Höhergruppierungen kosten 9 Millionen DM im Jahr. Was für eine Finanzpolitik ist das, die keine Jahresrechnung aufmacht? Erschießen Sie die Lehrer am Ende des Jah-

(D)

(A) (Minister Schleußer)

res? Was machen Sie damit? Sie müssen doch eine langfristige Planung haben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Ein weiteres Beispiel: Einer Ihrer großen Kürzungsmaßnahmen ist die Kürzung der Sozialhilfe für Asylananten um 374 Millionen DM.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Richtig.)

Sie wissen aber: Das ist nicht durch Nordrhein-Westfalen zu regeln.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Warum nicht? - Abgeordneter Hardt [CDU]: Wieso?)

- Hierbei handelt es sich um bundeseinheitliche Gesetze, die geregelt werden müssen. Herr Dr. Linssen, Sie wissen, daß sich alle Bundestagsparteien darauf verständigt haben, um später gegebenenfalls absinkende Sozialhilfekosten zu haben, daß wir ein Beschleunigungsverfahren brauchen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Abschieben!)

(B) Der finanzpolitische Sprecher Ihrer Fraktion müßte wissen, daß dieses Beschleunigungsverfahren das Land Nordrhein-Westfalen allein 1993 250 Millionen DM kostet. Herr Kollege Schauerte, ich bin gerne bereit, das mit Ihnen in der dritten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß Punkt für Punkt durchzugehen. Ihre Einsparvorschläge reduzieren das Volumen nicht, sondern erhöhen es. Es entsteht keine Ausgabensteigerung von 3,5 % - wir werden sogar eine von nur 3,3 % haben -, sondern wir hätten eine Steigerung um 4 %.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wegen eines neuen Nachtrags!)

Das sind die Konsequenzen Ihrer Rechenaufgaben. Man bemerkt ja auch, daß die Öffentlichkeit in der Zwischenzeit mit Ihren Zahlen ziemlich vorsichtig umgeht.

(C)

Herr Kollege Wickel, es ist wahr: In der Haushaltspolitik gibt es Risiken. Für vieles haben wir vorgesorgt. Nordrhein-Westfalen muß seine Steueransätze 1993 nicht ändern. Ich erinnere an eine Auseinandersetzung im Mai, in der mich der Fraktionsvorsitzende der CDU aufgefordert hat, vor dem Hintergrund der Konjunktur mit den Steuerannahmen vorsichtig umzugehen.

Wir brauchen keine Aufstockung der Nettokreditemächtigung. Sie kennen keine solche Ergänzungsvorlage. Wir bemühen uns wirklich darum, da risikolos zu fahren, soweit es bei einem öffentlichen Haushalt nur möglich ist. Das wollen wir weiterhin machen.

"Hinter Kalenberg stellen, vor Kalenberg stellen": Es kann sein, daß ich nicht in jedem Punkt damit einverstanden bin, daß ich manche Organisationsvorschläge auch politisch nicht für durchhaltbar halte. Alles das kann einmal passieren. Aber ich bin froh, daß aufgrund eines F.D.P.-Antrags die Bürger-Kommission eingerichtet wurde und in Weiterung dieser Arbeitsstab existiert. Wenn Sie - wogegen ich mich ja nie gesperrt habe - dann, wenn es politisch wichtig wird oder wenn entschieden worden ist, das eine oder andere Untersuchungsergebnisse bekommen, werden Sie feststellen, daß vieles auch hier im Land sozusagen noch "zu Fuß" gemacht wird, was wir so schnell gar nicht bemerkt hätten. Meine eigentliche Kritik ist: Um dieses "zu Fuß" zu ändern, sind erhebliche Investitionen notwendig: im ADV-Bereich, im Kommunikationsbereich. Selbst der Asta schlägt weit über 100 Millionen DM Vorabinvestitionen vor, um bestimmte Maßnahmen nachher umzusetzen. Das muß man parallel sehen; man kann da nicht kürzen wollen.

(D)

Personaleinsparungen wird es geben, muß es geben. Daraus habe ich nie einen Hehl gemacht. Nur: Unsere Stellenbesetzungssperre für ein Jahr bringt etwa 180 Millionen DM, und bevor man das Paket nicht umgesetzt hat, halte ich diese 180 Millionen DM für unverzichtbar. Ihr Vorschlag, bei den obersten Landesbehörden 1 % zu streichen - das sind 46 Stellen -, reicht leider nicht. Darum sind wir bei der besseren Methode. Aber vielleicht kann man sich in anderen Bereichen schneller verständigen.

(Beifall bei der SPD)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Bensmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Bensmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Schleißer, ich finde es schon bemerkenswert, daß Sie sich zu Beginn hierherstellen, sich über die Qualität der Debatte beklagen, meinen Kollegen Schauerte beschimpfen, was den Umgang mit Zahlen angeht. Aber wie Sie selber hier in diesem Saal mit der Opposition umgehen, das ist alles andere als eine Qualitätssteigerung der Debatte, die Sie für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Nun etwas zu den Zahlen! Wir von der CDU haben 140 Einzelanträge gestellt, die Sie im Detail nachlesen können. Es gibt dazu eine Drucksache mit einer Unterrichtung durch die Landtagspräsidentin. Wir fordern die Streichung von 6 900 Stellen. Dazu haben Sie übrigens kein einziges Wort hier gesagt, kein einziges Wort!

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich weiß auch, warum. Weil sich nämlich das Kabinett zum Haushalt 1993 nicht einigen konnte, wie man es umsetzt. Da gibt es nämlich einen Streit um das Ressortprinzip. Ich kann Ihnen nur die gute Empfehlung geben - was man ja auch bei Ausschusssitzungen zwischen den Stuhlreihen hört -: Stellen Sie sich vor die Kalenberg-Gruppe - denn dann haben Sie Erfolg -, und lassen Sie nicht jeden einzelnen Fachminister am Kabinetttisch gewinnen.

Nun zu Ihrem Vorwurf, wir würden immer nur neue Stellen fordern, aber keine Einsparungsvorschläge machen! Es ist richtig: Wir fordern dort, wo es notwendig ist, mehr Personal und stellen auch entsprechende Anträge. Das tun wir seit Jahren im Bereich der Schule; in diesem Jahr 1 000 Stellen. Im Bereich der Polizei fehlen laut Aussage des Innenministers Schnoor und nach dem Kienbaum-Gutachten 7 500 Stellen. Wir fordern maßvoll einen Einstieg in der Größenordnung von 400 Anwärtern. Wir sagen auch ja zum Drogenprogramm, und wir haben Ihnen auch einen konkreten Deckungsvorschlag gemacht.

(C)

Was unseren Einsparungsvorschlag in der Größenordnung von 350 Millionen DM im Bereich Asyl angeht, so kann ich Ihnen nur sagen: Wir machen eine andere Asylpolitik. Dann wären diese Kosten nicht notwendig.

(Beifall bei der CDU - Minister Schleißer: Welche andere machen Sie?)

- Herr Minister, wir führen jetzt keine Asyldebatte. Sie können das nachlesen. Wir haben da seit Jahren eine andere Vorstellung gehabt, und dann wären diese Kosten nicht notwendig.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu Beginn auch noch einige Ausführungen zu dem Kollegen Walsken machen, den ich im Moment nicht sehe. Herr Kollege Walsken, ich finde es schon sehr bemerkenswert, daß Sie in den Mittelpunkt Ihrer Rede das Beratungsverfahren stellen, wie man denn diese 6 900 Stellen letztendlich einsparen kann. Überhaupt kein Verständnis habe ich dafür, daß Sie hier lange darüber philosophieren, ob wir als Auftraggeber - als Personalausschuß, als Haushalts- und Finanzausschuß, als Plenum - diese Gutachten überhaupt zu Gesicht bekommen. Was ist das eigentlich für ein Verfassungsverständnis? Sie bekommen über die ÖTV, in Ihrem roten Filz, das Gutachten

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

- ja, Herr Farthmann -, und uns geben Sie die Empfehlung, beim Beamtenbund anzuklopfen, um das ebenfalls zu bekommen. Wir werden das offiziell verlangen und diese Gutachten einfordern. Darauf können Sie sich verlassen. So können Sie jedenfalls nicht mit uns umgehen.

(Zurufe von der SPD)

- Sie schütteln den Kopf, Herr Farthmann. Halten Sie das wirklich für ein vernünftiges Verfahren?

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Was Sie im Augenblick machen, halte ich für ganz und gar absurd!)

(A) (Bensmann [CDU])

- Sie waren doch überhaupt nicht da. Sie haben das doch gar nicht mitbekommen. Der Kollege Walsken verweigert uns - -

(Zurufe von der SPD)

- Herr Farthmann, darf ich Ihnen sagen, was gelaufen ist?

(Erneut Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Gut, dann sage ich es Ihnen nachher, wenn Sie es möchten. Aber der Kollege Walsken macht das wohl gerade.

Ich möchte Ihnen noch etwas zum Gutachterdienst sagen. Der Gutachterdienst ist übrigens eine alte Forderung der CDU. Es wird nicht seit fünf Jahren konsequent umgesetzt, sondern es soll endlich im Haushaltsjahr 1993 beginnen. Es ist überhaupt keine Frage, daß diese Kalenberg-Gruppe notwendig ist und auch schon erste Erfolge gezeitigt hat. Aber wir von der CDU sind nicht der Auffassung, die Sie, Herr Walsken, hier für die SPD vorgetragen haben, daß die Verwaltung nicht reduziert werden soll. Für uns steht das auf dem Prüfstand. Wir sagen: Ein schlanker Staat! Dazu gehört auch "weniger Verwaltung".

(B)

(Abgeordneter Walsken [SPD]: Dann stellen Sie doch einmal entsprechende Anträge! Ich habe noch nie einen von Ihnen gesehen!)

- Herr Kollege Walsken, wir haben die ersten Ergebnisse auf dem Tisch, und wir haben im Unterausschuß auch schon darüber diskutiert, wie in Zukunft die Aufgabenstellung der Kalenberg-Gruppe sein muß. Sie kann sich eben nicht darauf beschränken, nur die Organisation der Verwaltung und ihre Effizienz zu untersuchen.

Die Frage muß grundsätzlicher gestellt werden: Ist es überhaupt eine Aufgabe des Staates? Ist es eine hoheitliche, z. B. Fluggastkontrolldienst? Gibt es nicht Doppelaufgaben, wie beispielsweise im Bereich der Finanzbauverwaltung und der staatlichen Hochbauverwaltung, wo wir ja hoffentlich zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen und eine Ebene abschaffen.

(C)

Dazu vielleicht auch ein weiterer Einsparungsvorschlag, Herr Minister Schleußer: Dann können wir nämlich das Bauministerium von Frau Brusis ebenfalls auflösen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Kaufen Sie sich mal eine andere Platte!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Bensmann, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Busch zulassen?

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, ja.)

Bitte!

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Bensmann, Sie haben gerade von 6 900 Stellen gesprochen, die die CDU-Fraktion einsparen möchte. Können Sie uns bitte einmal kurz darstellen, welche Stellen das konkret sind?

(D)

Abgeordneter Bensmann (CDU): Ich beziehe mich hier auf Presseberichte und Aussagen des Staatssekretärs des Finanzministeriums im Haushalts- und Finanzausschuß, wo diese Zahlen als Größe aus den 12 Gutachten, in den entsprechenden Untersuchungen, genannt worden sind: 6 900 Stellen stehen zur Disposition.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Welche?)

Unser konkreter Antrag - den haben wir ja gestellt, auch wenn er jetzt noch umformuliert wird, so daß er haushaltsrechtlich paßt - besagt: Wir wollen auf diese 6 900 Stellen die Hand legen. Sie werden im Haushalt 1993 gesperrt. Wir wollen nämlich nicht den alten Rasenmäher der Wiederbesetzungssperre von zwölf Monaten wieder in Gang setzen. Das ist ein untaugliches Instrument; das bestätigen ja auch alle Berufsbände.

(A) (Bensmann [CDU])

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Herr Bensmann, welche Stellen sind das denn?)

- Leider kenne ich sie auch noch nicht. Aber es gibt 6 900 Stellen, unwidersprochen. Der Finanzminister hat nachher noch Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Jedenfalls sind diese Zahlen vom Staatssekretär Bentele im Haushalts- und Finanzausschuß bestätigt worden. Wenn sie größer oder kleiner sind, können wir uns ja darüber unterhalten. Ich kann mich nur auf den Informationsstand beziehen, der uns zur Verfügung gestellt wird. Das Thema "Gutachten" habe ich gerade stellvertretend genannt.

Es gibt auch viele Kompetenzüberschreitungen. Ich denke nur an die Fach- und Dienstaufsicht im Bereich der Gewerbeaufsicht.

Wie man so schön in Westfalen sagt: Kleinvieh macht auch Mist. Ich möchte exemplarisch nur zwei, drei Beispiele nennen.

Allein im Bereich der Fahrbereitschaft gibt es 70 Fahrer, die drei Millionen Kilometer im Jahr zurücklegen. Würde man - das schlägt als Kostenvergleich Staatsminister Clement ja auch vor - ein Taxi nehmen, könnte man pro Kilometer 0,50 DM einsparen. Das wären übrigens 1,5 Millionen DM. Herr Minister Clement, keine Angst: Ich werde dem Ministerpräsidenten und Ihnen nicht den Dienstwagen wegnehmen. Der Ministerpräsident soll auch weiterhin mit dem Hubschrauber fliegen, wenn es notwendig ist. Nur eines kann ich Ihnen sagen: Daß der Herr Ministerialrat mit Fahrer beim Regierungspräsidenten Arnsberg vorfährt, das möchte ich nicht. Er kann mit der Deutschen Bundesbahn fahren. Dann können wir uns einmal darüber unterhalten, was wir mit den 1,5 Millionen DM machen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Und Herr Blüm fährt mit dem Fahrrad?)

- Ja, auch mit dem Fahrrad! Nicht nach Arnsberg unbedingt, aber in Düsseldorf kann er durchaus mit dem Fahrrad fahren.

Es gibt noch viele andere alte Zöpfe, die abgeschnitten werden sollten. Herr Kollege Walsken hat das ja

(C)

ebenfalls angedeutet. Herr Minister Schleußer, ich wäre gerne bereit, den ersten Zopf bei Ihrem Kollegen Clement abzuschneiden und Ihnen die Schere zu geben,

(Zuruf des Ministers Schleußer)

damit wir mit dieser alten Tradition, daß jeder mit einem Fahrer irgendwo vorfährt, endlich aufhören.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Er war gerade beim Frisör!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch zwei Bemerkungen machen.

Erstens: Die CDU sagt nach wie vor ja zu der Brandenburg-Hilfe, zum Aufbau der Verwaltung in den fünf neuen Ländern. Zu Recht hat Kollege Schauerte dies bei der Stellenvermehrung herausgelassen.

Zweitens: An dieser Stelle möchte ich als Vorsitzender des Unterausschusses "Personal" ausdrücklich Dank sagen - ich glaube, in Ihrer aller Namen - an den Gutachterdienst für die hervorragende, hochwertige Arbeit, die er geleistet hat. Ohne seinen qualifizierten Sachverstand wären wir als Parlament überhaupt nicht in der Lage, unsere Aufgabe gegenüber der Regierung wahrzunehmen.

(D)

(Beifall der Abgeordneten Paus [Bielefeld] [CDU])

Zum Schluß, um die wichtigsten Dinge im Bereich Personal noch einmal deutlich zu machen:

Die CDU fordert die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre. Stellen Sie den Rasenmäher ab! Wir wollen eine qualifizierte Sperrung der 6 900 Stellen. Wir bieten an, intensiv und ernsthaft darüber zu beraten, wie in Zukunft Aufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen wahrgenommen werden. Unsere Devise gilt: Dort, wo es notwendig ist, wie z. B. in den Bereichen Schule, innere Sicherheit, Asyl- und Drogenproblematik, werden wir auch Stellen und Mittel bereitstellen. Aber wir wollen einen schlanken Staat

(Lachen bei der SPD)

(A) (Bensmann [CDU])

und die völlig überhöhten Personalbestände im Bereich der Ministerialbürokratie abbauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Kollegin Schumann für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE)*: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Finanzminister! Es wird Sie nicht verwundern, daß ich mich mit dem Stellenplan des Kultusministeriums auseinandersetze. Es ist, um an die Rede von meinem Kollegen Busch anzuknüpfen, zu sprechen über Leistungsabbau und Bildungsabbau, der auch im Haushaltsjahr 1993 fortgesetzt wird. Viele glaubten vielleicht - zu Unrecht -, die Talsohle im Bildungsbereich, im Schulbereich sei durch das Handlungskonzept, das über die Schulen gegangen ist und sie geschubbt hat, vorbei. Das ist nicht der Fall.

Ein Wort zu meinen Kollegen von der CDU: Hier wird immer so getan, als ob die CDU die Wohltäterin für die Schulen sei. Ich muß kräftig widersprechen.

(B) Denn allen wesentlichen substantiellen Forderungen, die die GRÜNEN gestellt haben - nicht nur, um den Stellenabbau aufzuhalten, sondern auch, um reale Verbesserungen für die Schulen durchzusetzen -, haben Sie sich verweigert, Frau Philipp.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Die waren auch nicht seriös!)

Der Kultusminister macht in der letzten Zeit den Eindruck eines Weihnachtsmannes. Herr Schwier, Sie deklarieren z. B. die Erhöhung der Fördermittel für internationale Schulpartnerschaften - das ist kürzlich passiert - als "Nikolausgeschenk" an die Schulen. Ich denke mir, dem möchte ich jetzt doch einmal Einhalt gebieten. Ich möchte richtigstellen, wer der Kultusminister ist: ob er Weihnachtsmann, Nikolaus oder Knecht Ruprecht ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Minister Schwier: Nichts von alledem - Abgeordneter Dr. Heugel [SPD]: Alles in einer Person!)

(C)

Ich fange einmal mit dem Bildungsabbau an, der sich auch 1993 fortsetzt. Erstens, Herr Minister Schwier: Rund 1 300 kw-Stellen sollen im Laufe des Jahres wegfallen, obwohl von einer Zunahme von 42 000 Schülerinnen und Schülern im Haushalt 1993 ausgegangen wird und obwohl klar ist, daß auch diese Prognose nicht realistisch angesetzt ist, selbst wenn man die letzten amtlichen Statistiken aus Ihrem Hause zugrunde legt. Wir plädieren daher ganz energisch dafür, die kw-Vermerke nicht zu realisieren, sondern sie zu streichen; denn sie täuschen lediglich einen rechnerischen Überhang vor, den es in Wirklichkeit nicht gibt.

Zweitens, zum Thema Stellenklau: Sie betreiben ihn über die Einrechnung der Zuschläge für Arbeitszeitverkürzung, Mehrklassenbildung und für den 5 %igen Oberstufenzuschlag in die neue Schüler-Lehrer-Relation. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr, daß den Grundschulen 540 Stellen, den Gesamtschulen 150 Stellen und den Sonderschulen 50 Stellen gestrichen werden.

Bei den Grundschulen sieht die Rechnung wie folgt aus: Dem Stellengewinn durch Relationsverbesserung von 623 Stellen steht ein Verlust von 997 Stellen für Arbeitszeitverkürzung und von 166 Stellen für Mehrklassenbildung gegenüber. Alles in allem - das ist die "Operation Weihnachtsmann" -: 540 Stellen fehlen - und das bei der Grundschule, die die Schule für alle Kinder sein soll und von der wir wissen, daß sie ihren Integrations- und Förderauftrag mit dieser Ausstattung im Augenblick schon nicht mehr erfüllen kann.

(D)

Drittens: Über die Einführung gesplitteter Zuschläge für den Unterrichtsmehrbedarf für ausländische Schülerinnen und Schüler in einerseits Integrationshilfen und muttersprachlichem Ergänzungsunterricht andererseits gewinnt der Finanzminister wiederum ca. 200 Stellen für sich. Strukturelle Verbesserungen nennt man das, aber sie haben halt ihren Preis. Und den möchte ich hier einmal nennen.

Viertens - und das ist wirklich ein starkes Stück "Weihnachtsmann", finde ich -: Versucht es Täuschungsmanöver steckt doch hinter der rein optischen Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relationen, wie sie nach dem Hineinrechnen bislang getrennt ausgebrachter Zuschläge in die Schüler-Lehrer-Relation zustan-

(A) (Schumann [GRÜNE])

de kommt. In Wirklichkeit fehlen 3 496 Lehrer/-innenstellen zum Schuljahr 1993/94. Das ist das "Nikolaus-Geschenk" von Herrn Schwier an die Schulen. Mir fehlt allerdings die Kenntnis darüber, Herr Schwier, daß Sie das in den Schulen in Form einer Pressemitteilung bekanntgemacht hätten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Dieser Fehlbedarf kommt zustande, weil Sie den alten Fehler weitermachen - trotz Kienbaum! Etwas hätten Sie ja lernen können, aber, wie gesagt, Sie machen den alten Fehler nach Gusto weiter.

Die Bedarfsparameter einerseits werden nicht seriös und korrekt bei der Festlegung der Schüler-Lehrer-Relation, die ja die Grundlage für die Berechnung des Lehrerberarfes ist, berücksichtigt. Sie, Herr Schwier, haben das Handlungskonzept doch verkauft nach dem Motto: Wir wollen die Unstimmigkeiten zwischen bedarfsauslösenden Vorgaben und den Schüler-Lehrer-Relationen aufheben. Jetzt nehmen Sie bewußt, weil es in Ihren Haushaltsplan paßt, diese Unstimmigkeiten in Kauf.

(B) Ich denke, die Schere beträgt jetzt nicht mehr 25 000, sondern nur fast 4 000, so wie Sie sagen, und Sie meinen, Sie könnten es einfach so machen. Aber wir sind der Auffassung, daß Ihre Glaubwürdigkeit sehr leidet, und meinen, daß hier eine bewußte Entscheidung für die Deckungslücke ein Einstieg in die vom Finanzminister geforderte Entrechtlichung ist.

Denn was nützen uns die rechtsverbindlichen Unterrichtsvorgaben, wenn sie beispielsweise für den Finanzminister doch nicht zählen und Sie sich sozusagen ihm beugen müssen?

Die SPD hat gesagt, die Lücke wolle sie schrittweise decken. Die Worte höre ich gern, allein mir fehlt der Glaube; denn der Finanzminister hat ja unter anderem Nullrunden bis 1995 verordnet.

Ich denke mir, eine Politik, die nur verhindern will, daß es in einem so wichtigen zentralen Bereich wie Bildungspolitik, der Gesellschaftspolitik heutzutage bedeutet, Verschlechterungen gibt - Sie wissen alle ganz genau: diese Politik ist zu wenig -, muß darauf

(C)

pochen, daß es Ansätze für Verbesserungen gibt, die in die Richtung gehen, daß die soziale Chancengleichheit, die in unserem Schulsystem bis heute regiert, abgebaut wird,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

und daß Förderungen für alle Schüler in dem Maße, wie sie notwendig sind, ermöglicht werden. Ich denke, Politik ist schizophren und läßt sich eigentlich kaum mehr an Schizophrenie überbieten, wenn ich sehe, daß einerseits die Gewaltbereitschaft und die Gewalterfahrung, die Schüler jetzt auch in die Schulen hineinragen, als ein Thema für sich thematisiert und andererseits sehenden Auges dafür gesorgt wird, daß sich auf der anderen Seite die Schulverhältnisse drastisch verschlechtern.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Unser Schwerpunkt ist unter anderem - das sage ich an dieser Stelle, wo ich morgen auch noch reden werde - die Integration der behinderten Kinder in die Regelschulen. Denn dort stellen wir eine Politik nach Gutsherrenart fest, eine Politik der absoluten politischen Willkür, die wir nicht mehr bereit sind mitzumachen.

(D)

Diese Willkür zeichnet sich dadurch aus, daß hier und da Kinder in den Regelschulbereich der Grundschule integriert werden, aber nach dem vierten Schuljahr ausgesperrt bleiben. Verriegelt und verrammelt wird der Weg für eine durchgängige, lückenlose Integration vom Kindergarten bis in die Sekundarstufe II und in die Berufsausbildung. Wir stehen hier nicht allein. Ich möchte Ihnen - da ich leider am Ende meiner Redezeit bin - noch einmal sagen, wer sich mit uns dieser Forderung anschließt, daß Integration konkret in diesem Haushalt für alle Kinder, die schon Integration im Kindergarten oder im Primarbereich einmal gehabt haben, ermöglicht werden soll.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Dafür müßten aber die Voraussetzungen geschaffen werden!)

Ich möchte Ihnen sagen, wer das mitträgt: Das sind der Deutsche Kinderschutzbund NRW, die LAG

(A) (Schumann [GRÜNE])

"Gemeinsam leben - gemeinsam lernen", die GEW NRW, die ÖTV NRW, die LAG "Hilfe für Behinderte" NRW, die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie, der Progressive Eltern- und Erzieherverband NRW, die GRÜNEN NRW - das versteht sich von selbst -, der Landeselternrat für Kindertageseinrichtungen NRW, die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, die LandesschülerInnen Vertretung NRW, die Schüler-Union, Frau Philipp, auch

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Aber die Bedingungen müssen doch stimmen!)

- darüber freue ich mich sehr -, die Landeskirche von Westfalen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wir haben damit die Beratung der Stellenpläne abgeschlossen. Es wird nicht an dieser Stelle, sondern über die einzelnen Änderungsanträge im Rahmen der Kapitel des Haushalts entschieden.

Ich rufe jetzt die Nummer 2 auf:

(B) Einzelplan 03: Innenministerium.

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Paus für die Fraktion der CDU.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wo ist denn der Innenminister?!)

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte gerne auch den Innenminister angesprochen, weil ich ihm sagen wollte, daß wir den Einzelplan 03 in der vorliegenden Fassung ablehnen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wir unterbrechen die Sitzung, bis er kommt!)

Wir lehnen den Einzelplan 03 ab, weil er erneut keine Antwort auf das dringendste Problem im Bereich der inneren Sicherheit unseres Landes gibt. Die Straftaten haben sich in unserem Lande seit 1970 verdoppelt. Im

(C)

laufenden Jahr werden wir - so hört man aus der Polizei - erneut einen erheblichen Anstieg verzeichnen müssen. Die Aufklärungsquote liegt noch bei ganzen 43 %. Und auch da werden wir in diesem Jahr leider noch ein weiteres Absinken erleben müssen.

(Abgeordnete Dedanwala [SPD]: Und in Bayern?)

- In Bayern, Frau Dedanwala, liegt die Aufklärungsquote interessanterweise bei über 55 %. Sie sollten dort einmal hinfahren und sich die Situation anschauen.

Die Aufklärungsquote beim Diebstahl liegt bei ca. 20 %, bei dem schlimmen Delikt des Tageswohnungseinbruchs um 16 %. Zwar wird bei Kapitalverbrechen noch mit Nachdruck ermittelt. In den Bereichen der Alltagskriminalität wird die Kriminalität, werden die Straftaten weitgehend nur noch verwaltet. Wirkliche Prävention findet so gut wie nicht mehr statt.

Die Polizei unseres Landes will mehr tun. Ihr sind aber die Hände gebunden, da sie - selbst nach den Worten des Innenministers - ein Defizit von 7 500 Stellen hat. Nach Berechnungen der GDP sind es weit über 10 000 Stellen.

Ein Haushalt, der in dieser Situation der Polizei keine Perspektive für eine fühlbare Personalverstärkung in den nächsten Jahren gibt, ist für die Bürger unseres Landes unzumutbar.

(Beifall bei der CDU)

Die Umfragen beweisen es seit Monaten: Die zunehmende Kriminalität alarmiert die Bürger in unserem Lande. Die Bürger wollen in diesem Lande nicht weitere schöne Worte des Innenministers, mit dem ich das jetzt ganz gerne diskutieren würde, hören,

(Minister Schleußer: Er hört das alles!)

sondern sie wollen mehr sichtbare Präsenz der Polizei, sie wollen wirkliche Anstrengungen zur Verbrechensbekämpfung und Verbrechensverhütung.

Meine Damen und Herren, wir haben das gerade diskutiert: Wir haben im Innenausschuß den Antrag

(D)